

Movimiento Multicolorido

(Bunte Bewegung)

**Die Bewegung 15-M und ihr Versuch einer
gerechten Welt**

Eingereicht durch:

Marlene HEINRICH

**Girmerstraße 47
7301 Deutschkreutz
ÖSTERREICH**

Marion-Christine TOTTER

**Gustav-Mahler-Straße 3/3/18
2514 Traiskirchen
ÖSTERREICH**

Arbeit zum Thema „Jugendbewegungen für Generationengerechtigkeit“

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen



Zusammenfassung

Die spanische 15-M Bewegung ist bunt: Ihr Farbenreichtum besteht aus neuen AkteurInnen, Aktionsformen und Forderungen an Wirtschaft und Politik.

Seit der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise spürt man in Spanien Kürzungen der Sozialleistungen, deren Auswirkungen ins Privatleben reichen. Dies, die andauernde Monopolstellung zweier Parteien im spanischen Parlament, und generell die Folgewirkungen des kapitalistischen Systems sind Anlass genug für die spanische Zivilgesellschaft auf die Straße zu gehen.

Die aktuelle Sparpolitik und die verstaubten politischen Strukturen bedrohen auch die Generationengerechtigkeit: Erstmals haben Jugendliche das Gefühl, schlechter zu leben als die vorangegangene Generation. In Anlehnung an Tremmel (2003) bedeutet dies, dass die junge Generation eine geringere Chance auf Bedürfnisbefriedigung – für sich und zukünftige Generationen – sieht, insbesondere was die Arbeits- und Wohnsituation betrifft. Die Jugend versteht sich als großer Verlierer der Krise und wurde zur Triebfeder der 15-M Bewegung.

Der Systemtheoretiker Luhmann schreibt sozialen Bewegungen jüngeren Datums eine gewisse Risikoaversion zu. Diese zeigt sich auch bei den AktivistInnen von 15M; sie fordern richtige/partizipative Demokratie, also Teilhabe an Entscheidungen. Man möchte nicht mehr Opfer riskanter Entscheidungen anderer werden. Diesen Unmut kanalisieren (nicht nur) junge Personen am 15. Mai 2011 an der Puerta del Sol. Tausende Personen campierten im Herzen von Madrid um international auf soziale, politische und wirtschaftliche Missstände aufmerksam zu machen.

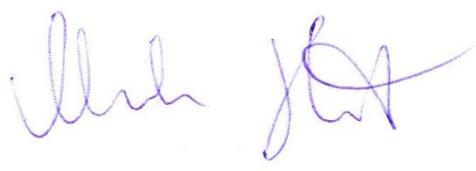
Drei Jahre nach dem besagten 15. Mai – so die empirischen Ergebnisse dieser Arbeit – wirkt der Resonanzkörper 15-M in asambleas (Versammlungen) und casas okupas (besetzte Häuser/soziale Zentren) weiter. Die kollektive Entscheidungsfindung auf Mikroebene ist ein Experimentierfeld dafür, wie man sich Entscheidungsfindungen auf Makroebene vorstellt. Bislang weniger aktive Personengruppen, wie z.B. PensionistInnen, sind in den Sog der Aufbruchsstimmung und Veränderung geraten. Die Gemeinsamkeiten der Generationen scheinen in der prekären Arbeits- und Lebensbedingung (Gefährdung durch Armut und Exklusion) zu liegen. Gemeinsam möchte man sozialen Wandel anregen. Jüngste Entwicklungen zeigen sogar rosige Erfolgsaussichten für die Integration der 15-M Bewegung in die (europäische) Politik.

Graue Aussichten sollen eben keine Zukunft haben, 15-M ist bunt.

Erklärung

Hiermit versichern wir, dass wir die vorliegende Arbeit selbständig angefertigt und dabei ausschließlich auf die im Quellen- und Literaturverzeichnis aufgeführten Quellen zurückgegriffen haben.

Wien, am 12.10.2014



Unterschrift Marlene Heinrich



Unterschrift Marion Totter

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	1
2 Gerechtigkeit und Generationengerechtigkeit.....	1
2.1 Zentrale Begriffe	2
Gerechtigkeit historisch gesehen.....	2
Temporale und Intertemporale Gerechtigkeit.....	3
Definition „Generationengerechtigkeit“	4
Inter- und Intragenerationelle Gerechtigkeit	5
3 Bewegung und Protest	7
3.1 Soziale Bewegungen und Bewegungsforschung.....	7
3.2 Systemtheoretischer Zugang zu Protestbewegungen	8
3.3 Die Funktion sozialer Bewegungen für die Gesellschaft.....	9
3.4 Organisierungsformen des Prekariats	10
4 Globale Protestaktionen.....	12
4.1 Der arabische Frühling.....	12
4.2 „Occupy Wallstreet“	13
4.3 Die Anti-Banken-Bewegung.....	13
5 Die Situation Spaniens.....	14
5.1 Die Wirtschaft Spaniens vor der Krise	14
Der Bauboom.....	14
5.2 Soziale Sicherungssysteme in Spanien.....	15
Das Pensionssystem.....	16
Ersatz für Sicherungssysteme	16
5.3 Die Weltwirtschaftskrise und nationale politische Krisen.....	16
Austeritätspolitik	17
Wohnraum in Spanien: Zwangsräumungen und Wiederaneignung öffentlichen Raums.....	18
Jugendarbeitslosigkeit	20
Das Zweiparteiensystem.....	21
6 Movimiento 15-M	22
6.1 Manifest 15-M	24
7 Empirie	26
7.1 Methodik	26
7.2 Ergebnisdarstellung	27
„15-M“ fragt sich: Wer sind wir?	27
„15-M“ fragt sich: In welchem System leben wir?	29
„15-M“ fragt sich: Was tun wir hier?	31
8 Conclusio	33
9 Literaturverzeichnis.....	36
9.1 Abbildungsverzeichnis	40
10 Lebenslauf	41

1 Einleitung

2011 wird die Protestfigur zur Person des Jahres gekürt (vgl. time.com 2011). Ein Jahr das auch die Spanische Zivilgesellschaft nicht kalt lässt. In der Bevölkerung ertönt ein Schrei nach Gerechtigkeit. Ein Schrei der von Marsch zu Marsch immer lauter wird (z.B. in den zahlreichen Demonstrationen organisiert durch die Graswurzelbewegung *Democracia Real Ya*) bis es am 15. Mai 2011 explosionsartig zu einer Großversammlung kommt.

Die *Empörten* besprechen, begeistern, beflügeln und bewegen.

Die brodelnde Masse solidarisiert sich mit anderen Protestbewegungen, sie erregt mediales Aufsehen und zieht international ihre Kreise. Jedoch resultieren ihre Forderungen aus den regionalen, strukturellen und Spanienspezifischen Problemen. Die iberische Halbinsel befindet sich seit dem Platzen der Immobilienblase in einem Abwärtssog. Die Bevölkerung spürt längst die Auswirkungen der Sparpolitik (im Bildungssystem, am Arbeitsmarkt, in der Wohnsituation, ...) und kanalisiert ihren Unmut auf der Puerta del Sol, im Herzen von Madrid.

Ohne Parteizugehörigkeit, jedoch nicht apolitisch, schwimmt der/die spanische Aktivist/in gegen den Strom. Alte, hierarchische Strukturen werden nicht länger akzeptiert, die repräsentative Demokratie infrage gestellt und der internationale Kapitalismus kritisiert. Man malt sich eine Welt aus, die von mehr Gerechtigkeit geleitet ist. Wie sieht diese Welt aber aus? Welche Pinselstriche sind notwendig, um sozialen Wandel voranzutreiben? Wer sind die SchöpferInnen neuer Gebilde und wie sieht ihre Beziehung zueinander aus?

Die 15-M Bewegung verwendet neue Farben was Akteure, Aktionsformen und Forderungen an Wirtschaft und Politik betrifft. Das schwarz-weiß Denken hat abgedankt, 15-M ist bunt.

2 Gerechtigkeit und Generationengerechtigkeit

Die Protestbewegung 15-M wurde insbesondere seitens der Medien als Jugendbewegung charakterisiert. Autoren und Autorinnen schreiben ihr eine zentrale Rolle zu. Dies kontrastiert offenbar mit der recht pauschalen Klassifizierung der Jugend als apathisch, apolitisch oder zumindest indifferent gegenüber politischen Verhältnissen. Die Bewegung hingegen gibt sich betont kritisch gegenüber dem politischen und ökonomischen System und ist bemüht, die Demokratie zu demokratisieren, wobei Gerechtigkeit - wenn zum Teil auch implizit – einen besonderen Stellenwert einnimmt. Folgende Fragen stellen sich: Was sind Strategien und Potenziale

der Bewegung? Wie agiert die junge Generation und wie gestaltet sich der Brückenschlag zur nachfolgenden Generation? Außerdem: Wie ist ihr Verhältnis zur älteren Generation? Daher ist es notwendig, zunächst den Generationenbegriff zu klären und auch danach zu fragen, ob Generationengerechtigkeit im Kontext der 15-M relevant war und ist.

2.1 Zentrale Begriffe

Das Konzept der Generationengerechtigkeit gewinnt an Bedeutung (Tremmel 2003: 28; 71). Es eröffnet neue Perspektiven und schärft den Blick auf gesellschaftliche Prozesse¹.

Gerechtigkeit historisch gesehen

Wenn Aristoteles von Tugend spricht, behandelt er schon sehr früh das Thema Gerechtigkeit. Er hinterfragt, wie die antike Gesellschaft ein *richtiges Leben* führen kann. (vgl. Sandel 2013: 17) Dabei differenziert er nach Verteilungs- und ausgleichender Gerechtigkeit. Während erstere für die Anwendung auf die Generationengerechtigkeitstheorie mit Schwierigkeiten behaftet ist (vgl. Tremmel 2005: 16), erlaubt letzterer - synonym von Tremmel als Reziprozitätsprinzip/Gegenseitigkeitsprinzip bezeichnet - wichtige Einsichten; nach dem politischen Philosophen Brian Barry ist dies sogar ein „moralisches Grundprinzip jeder Gesellschaft“ (ebd.) und auf temporale Generationen direkt, auf intertemporale Generationen nur indirekt anwendbar (ebd.).²

Die Moderne fokussiert auf die Freiheit Einzelner, die ihre eigenen Ansichten darüber haben, wie ein gutes Leben beschaffen ist - wie Kant oder Rawls (vgl. Sandel 2013: 17), die zudem an eine natürliche, kontinuierlich voranschreitende Verbesserung glaubten (Tremmel 2005: 10). Der Philosoph Hans Jonas hingegen mahnt ausdrücklich die Berücksichtigung möglicher Irreversibilitäten ein: Heutiges Tun oder Unterlassen kann zukünftige Generationen bedrohen bzw. die Natur und das ökologische

¹Als Theorie vermag Generationengerechtigkeit u.a. Gründe für den Schutz der Umwelt und Natur zu liefern, insbesondere im Kontext der Ökologiebewegung gewann der Begriff an Bedeutung und wurde seither popularisiert (vgl. Tremmel 2003: 29f), was aber auch dazu führt, dass er an Kontur verliert, wie es beispielsweise mit dem Konzept der Nachhaltigkeit geschah, das durchaus Parallelen zur Generationengerechtigkeit aufweist, aber diese eben nicht ident sind, wie noch zu sehen sein wird.

²Einwände gegen die Verwendung der Figur der ausgleichenden Gerechtigkeit für eine Generationengerechtigkeitstheorie wäre jener der „gift-Obligation, demnach, so Grosseries, ein Geschenk keine Obligation beinhalten könne; andererseits ist wohl davon auszugehen, dass bisher in der Menschheitsgeschichte Erreichtes nicht von zukünftigen Generationen gänzlich unerwünscht sei- wenn auch das Erbe in seiner Gesamtheit wohl gewisse Missstände ebenso inkludiert- dieser Einwand widerlegt die Adäquatheit der „Gerechtigkeits-Figur der Reziprozität“ (Tremmel 2005: 18) hinsichtlich intertemporaler Generationen- so auch die Meinung der AutorInnen vorliegender Arbeit- nicht.

Gleichgewicht so gefährden, dass die negativen Folgen nicht mehr korrigiert werden können (Tremmel 2005: 10). Im Kontext der ökologischen Frage³ wird auf zukünftige Generationen ausdrücklich fokussiert, eine unbegrenzte Nutzung der Natur würde dem Konzept der Generationengerechtigkeit entgegenstehen.

Sandel, ein amerikanischer Philosoph, beschreibt drei Ideale als mögliche Annäherungen zum Thema Gerechtigkeit, nämlich das *allgemeine Wohl, Freiheit und Tugend* (Sandel 2013: 30). Ersteres ist ein Plädoyer für das Größte Glück der größten Zahl, das Zweite für die freie Wahl⁴ (ebd. 356). Letzteres befürwortet Sandel, denn das Ideal der Tugend handle von der Kultivierung und dem gemeinsamen Nachdenken über das Gemeinwohl (ebd.: 356). Im Kontext von Gerechtigkeit kann danach gefragt werden, wie eine gerechte Gesellschaft BürgerInnen das Gemeinwohl näherbringen kann (ebd.: 360), wie - angesichts marktorientierter Denkweisen - Marktwirtschaft moralisch begrenzt werden kann (vgl. ebd.: 363), wie Ungleichheit als gesellschaftliches Problem erkannt und dessen negative Auswirkungen entgegengetreten werden können (vgl. ebd.: 363-366). Weitere Fragen wären, wie Politik moralisches Engagement forciert und eine ausgeprägte Diskussionskultur aufrechterhält (vgl. ebd.: 366ff).

Temporale und Intertemporale Gerechtigkeit

Die chronologische (temporale) Generation bezeichnet heute einerseits die Altersspanne (aus Kindern werden Eltern und aus diesen Großeltern), wobei man die junge (unter 30 Jahre) von der mittleren (30-60 Jahre) und der älteren (über 60 Jahre) Generation unterscheidet (Tremmel 2003: 30; Tremmel 2005: 12f.). Eine andere Verwendungsmöglichkeit des Begriffs (intertemporal) ist bezogen auf „die Gesamtheit der heute lebenden Menschen“ (Tremmel 2003: 31; Tremmel 2005: 13). Kontrovers diskutiert wurde, wie die Interessen und Rechte „zukünftiger“ Generationen überhaupt vertreten werden können. Einfacher und praktikabler ist jedenfalls die Berücksichtigung der „nachrückenden“ Generation, denn bei dieser handelt es sich um bereits geborene Rechtssubjekte, deren Grundrechte einklagbar sind (vgl. Tremmel 2003: 31f).

Je nachdem, welchen Generationenbegriff man zugrunde legt, lässt sich von temporaler Generationengerechtigkeit (verweisend auf die Gerechtigkeit zwischen den heute lebenden Jungen, Mittelalten und Alten) oder

³Im Unterschied zur Nachhaltigkeit erlaubt der Begriff der Generationengerechtigkeit mehr Präzision; er benennt Subjekte und der Gerechtigkeitsbegriff ist an Ethik (wissenschaftliche Disziplin) gebunden (Tremmel 2005: 11)

⁴Das Defizit bei der Orientierung am Allgemeinwohl ist darin auszumachen, dass ein utilitaristischer Zugang Gerechtigkeit und Rechte ausschließlich auf Berechnung basiert und alles *einem* Wertmaßstab unterwirft, während die Ausrichtung an der Freiheit zwar die Rechte der Einzelnen respektiert, jedoch werden die moralischen Werte von Zielen oder die Qualität sowie Art der Gemeinschaft nicht berücksichtigt (vgl. Sandel 2013: 356f)

intertemporaler Generationengerechtigkeit (früher- heute- und zukünftig lebende Menschen) sprechen (Tremmel 2003: 32; Tremmel 2005: 14).

Definition „Generationengerechtigkeit“

Generationengerechtigkeit ist bezogen auf jene Gerechtigkeit, die zwischen (und nicht innerhalb von) Generationen vorliegt, und, sofern Gerechtigkeit eben als Gleichheit verstanden wird (was bedeutet, dass Gleiches/Gleichwertiges auch gleich zu behandeln sei- oder, darüber hinausgehend, nicht nur eine Schlechterstellung vermieden, sondern eine Besserstellung nächster Generationen als ethisches Gebot forciert werden soll) lautet eine Definition von Generationengerechtigkeit wie folgt:

Intertemporal: „Generationengerechtigkeit ist erreicht, wenn die Chancen zukünftiger Generationen auf Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse mindestens so groß sind wie die der heutigen Generation.“ (Tremmel 2003: 34)

Temporal: „Generationengerechtigkeit ist erreicht, wenn die Chancen nachrückender Generationen auf Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse mindestens so groß sind wie die der ihnen vorangegangenen Generation.“ (ebd.)

Wichtig ist zu sehen, dass einerseits „die Chancen *jeder* zukünftigen bzw. nachrückenden Generation mindestens so groß wie die ihrer Vorgängerdefinition sein sollten“ (Tremmel 2003: 35); dies erlaubt jedenfalls eine langfristige Perspektive einzunehmen. Zudem ist Generationengerechtigkeit als anthropozentrischer Ansatz auf die Angehörigen zukünftiger Generationen (nicht Entitäten) bezogen; hiernach ist eine unverschuldete Schlechterstellung eines zukünftigen Individuums im Vergleich zu einem Individuum der heutigen Generation jedenfalls nicht generationengerecht (ebd.). Dem ist hinzuzufügen, dass „sich die ethischen Verpflichtungen der heutigen Generation nur auf ihren Macht- bzw. Verantwortungsbereich erstrecken“ (Tremmel 2005: 22) kann. Die oben genannten Definitionen (andere Wortwahl bei Tremmel 2005: 23) sind „in der Ethik anschlussfähig“, bereits nach John Locke sollen Generationen zumindest so viel hinterlassen, wie auch frühere Generationen zur Verfügung hatten. In ökonomischer Hinsicht lässt sich auf das „Non-Declining-Welfare-Kriterium“ verweisen, demnach erreichte Wohlfahrtsniveaus nicht zu unterschreiten sind (Tremmel 2005: 23). Zudem ist der regionale Kontext (ebd.) von zentralem Stellenwert, sofern Generationengerechtigkeit analysiert wird⁵. Mit dem zu bewahrenden kollektiven Erbe (oder auch „Kapitalformen“) kann verwiesen werden auf:

⁵Um das Konzept der Generationengerechtigkeit als Leitbild für die Gesellschaft etablieren zu können, meint Tremmel, dass es anschlussfähig an politische Strömungen zu sein hat; diese wären:

- Konservativismus: das was der Schöpfung entspringt soll erhalten werden
- Sozialismus: Solidarität mit kommenden Generationen; Gleichstellung
- Liberalismus: Freiheit/ Handlungsfreiheit, Selbstbestimmung (vgl. Tremmel 2003: 36)

natürliches („Bestand an Natur“), künstliches (z.B. Infrastruktur, Produktionsanlagen), soziales (z.B. Werte, Solidarität, stabile Gruppenbeziehungen), menschliches („Gesundheit, Bildung, Fähigkeiten und Wissen“) und kulturelles (kulturelle/s Vielfalt/Erbe) Kapital. (Tremmel 2003: 37)

Inter- und Intragenerationelle Gerechtigkeit

Intergenerationelle Gerechtigkeit (zwischen den Generationen) lässt sich nach dem räumlichen Fokus global, kontinental, national und regional differenzieren. Intragenerationelle Gerechtigkeit (innerhalb der Generation) umfasst soziale Gerechtigkeit (Verteilung innerhalb eines Landes zwischen Arm und Reich), internationale Gerechtigkeit (zwischen diversen Ländern) sowie Geschlechtergerechtigkeit; weitere Formen sind auf die Gerechtigkeit zwischen Hetero- und Homosexuellen, Familien und Kinderlosen, Arbeitslose und ArbeitnehmerInnen, Angehöriger diverser Religionen und Ethnien etc. bezogen (Tremmel 2003: 44; Tremmel 2005: 15). Während bei intergenerationaler Generationengerechtigkeit Durchschnittsindividuen als Generationen verglichen werden, stehen bei intragenerationeller Gerechtigkeit die unterschiedlichen Lebensumstände und -bedingungen der Individuen im Fokus. (Tremmel 2003: 45)

Es ist davon auszugehen, dass künftige Generationen ähnliche Grundbedürfnisse wie heute lebende Personen haben. Kinder und Jugendliche, die an Langfristigkeit wohl orientiert sind, können als RepräsentantInnen zukünftiger Generationen angesehen werden; sie treten teilweise auch als solche auf (vgl. ebd.: 47).

Bei temporaler Generationengerechtigkeit sind direkte Vergleiche möglich. Gegenübergestellt werden z.B. je nach spezifischer Fragestellung „Junge“ und „Alte“. Bei indirekten Vergleichen können beispielsweise den heutigen „Jungen“ die „Jungen“ vor einem gewissen Zeitraum gegenübergestellt werden (Tremmel 2003: 40); auf diese Weise kann Auskunft über die Besser- bzw. Schlechterstellung von Generationen, somit auch über Ungerechtigkeiten, gegeben werden⁶. Die Stärke des Konzepts der Generationengerechtigkeit verglichen mit dem der Nachhaltigkeit⁷ liegt

⁶ Intertemporale Generationengerechtigkeit erlaubt ausschließlich indirekte Vergleiche (Tremmel 2003: 40). Insbesondere die temporale Generationengerechtigkeit erweist sich als bedeutsam für zahlreiche Politikbereiche, konkret für „Umweltpolitik, Finanzpolitik, Rentenpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Bildungspolitik, Gesundheitspolitik, Friedenspolitik und Jugendpolitik“ (Tremmel 2003: 38f).

⁷ Brundtland-Definition: „Nachhaltige (in der Original-Übersetzung: dauerhafte) Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“ (zit. nach Tremmel 2003: 54); nach Tremmel werden hier die Bedürfnisse heutiger Generationen in den Mittelpunkt gestellt, eine Besserstellung kommender Generationen wird nicht gefordert (vgl. ebd.). Seit der Weltkonferenz in Rio 1992 ist nachhaltige Entwicklung von der Weltgesellschaft legitimiert und als „übergeordnete Zielsetzung für das 21.Jahrhundert formuliert“ (Tremmel 2003: 55). Einen fundierten Überblick über die Entwicklung

darin, dass die Wortbedeutung präziser, weil enger ist, Subjekte werden benannt, darüber hinaus ist er inhaltlich an die Ethik (als wissenschaftliche Disziplin, die Gerechtigkeit beschreibt) gebunden, die „klare theoretische Herleitbarkeit, seine innere Geschlossenheit und Übersichtlichkeit“ sind von Vorteil, zudem das Potenzial, Menschen zum Nachdenken und Handeln anzuregen (Tremmel 2003: 71). Außerdem ist es auf Fortschritt hin orientiert (ebd.: 72) und nach Tremmels Einschätzung als gesellschaftliches Leitbild geeignet.

In Hinblick auf die 15-M Bewegung sollte man sich fragen, ob das Konzept der Generationengerechtigkeit (temporal vs. intertemporal) relevant ist, insbesondere, wie zukünftige Entwicklungen und die Folgen heutigen Handelns und Unterlassens eingeschätzt werden. Welche Alternativen sieht die Bewegung darüber hinaus als möglich und wünschenswert an? Ist das Thema Gerechtigkeit als Gleichheit und eine Besserstellung zukünftiger Generationen überhaupt relevant und wie werden deren Chancen auf Bedürfnisbefriedigung eingeschätzt? Dies tangiert wiederum die Frage nach dem Umgang mit dem kollektiven Erbe der Menschheit, das heißt mit den diversen Kapitalformen. Es gilt in Folge sowohl die inter- als auch intragenerationelle Gerechtigkeit in Spanien anhand der Bewegung 15-M zu beschreiben.

Fragen nach Gerechtigkeit in einer Gesellschaft sind auch verbunden mit Fragen nach der Verteilung von u.a. Wohlstand, Rechten und Pflichten, Chancen und Befugnissen (Sandel 2013: 30); es liegen je nach Argumentation unterschiedliche Überzeugungen vor, die auf unterschiedlichen Prinzipien beruhen (vgl. ebd.: 43). Sandel konstatiert, dass Empörung „jener besondere Zorn“ ist, „den man empfindet, wenn man glaubt, jemand bekomme etwas, was ihm nicht zustehe. Empörung dieser Art ist Zorn über Ungerechtigkeit“ (ebd.: 14). Für die spanische Protestbewegung ist diese Empörung ein wesentlicher Impulsgeber für ihre Gesellschaftskritik und angebotenen Alternativen. Auch berührt die Gerechtigkeitsthematik die Frage, wie es um geteilte Werte in einer Gesellschaft bestellt ist, „wie man die Einstellungen, Voraussetzungen und Charaktereigenschaften kultiviert, die in einer guten Gesellschaft wünschenswert sind“ (ebd.: 15) – für diese Frage scheinen die Empörten Spaniens Antworten zu suchen.

nachhaltiger Entwicklung seit Rio '92- wie völkerrechtliche Verträge, den Einfluss auf den Welthandel rechtliche Verankerung in der EU- gibt August Reinisch.

3 Bewegung und Protest

Antworten auf aktuelle Problemlagen sucht man im Kollektiv. Die Bewegungsforschung behandelt dieses Phänomen.

3.1 Soziale Bewegungen und Bewegungsforschung

Im Zuge der Aufklärung gewannen Soziale Bewegungen und Proteste an Bedeutung. Soziale Ordnung hätte der Mensch selbst geschaffen; das Schicksal ist keine lebensbestimmende Kategorie mehr. Bewegungen prägten gesellschaftlichen Wandel maßgeblich, die bürgerlich-emancipatorischen Bewegungen sind ebenso ein Beispiel wie die ArbeiterInnenbewegung oder die Neuen Sozialen Bewegungen (Frauen-, Friedens-, Ökologiebewegung) (vgl. Kern 2008: 12ff.). Modernisierung und Protest stehen in Zusammenhang, letzterer trägt nicht nur fortwährend zu Transformationen der Gesellschaft bei (vgl. ebd. 14), sondern passt sich an gesellschaftliche Veränderungen an. Man kann „moderne soziale Bewegungen als mobilisierte Netzwerke von Gruppen und Organisationen definieren, die über eine gewisse Dauer hinweg versuchen, ‚sozialen Wandel durch Protest herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen‘“ (Neidhardt/Rucht zit. nach Kern 2008: 13).

In Hinblick auf die sehr heterogene Bewegungsforschung lassen sich zwei zentrale Quellen identifizieren. Erstere bezieht sich auf Karl Marx und Friedrich Engels soziale Evolutionstheorie, hierbei wird die Sozialstruktur mit Protestbewegungen verbunden (gesellschaftliche Entwicklung vollzieht sich durch Klassenkämpfe und würde zu Revolution und Umbruch führen; vgl. Kern 2008: 9f.). Die zweite Quelle basiert auf Gustave LeBons Massenpsychologie, wobei SB negativ konnotiert werden, da Masse – subsumiert sind hier auch Protestbewegungen – als „irrational“ und „dysfunktional“ (ebd.: 10) angesehen wird, was für die heutige Forschung jedoch keine Bedeutung mehr hat

Die vom marxistischen Denken geprägte europäische Forschungstradition ist im Wesentlichen mit dem Aufspüren und Deuten von Ursachen des Protests beschäftigt und fokussiert auf soziale Spannungen; Neue Soziale Bewegungen (NSB) werden als Ausdruck von Strukturwandel begriffen (ebd.: 10).

Im Zeitverlauf von den 1970ern bis zu dem Zeitraum ab 2000 erweisen sich Rucht (2011) zufolge in thematischer Hinsicht unter anderem Protest, ArbeiterInnenbewegung/-protest, Revolution und Gewalt als wichtig, während sozialer Wandel oder soziale Bewegungen (relevant erst ab den 80ern) von weitaus geringerer Bedeutung sind (vgl. ebd.: 31f). Ab den

1990ern sind konstruktivistische und weniger strukturorientierte Ansätze häufiger; eine auffällige Veränderung hinsichtlich der Gewichtung nach empirischen oder theoretischen Arbeiten lässt sich nicht feststellen, jedoch hebt Rucht hervor, dass eine Verbindung beider Ausrichtungen selten ist (vgl. ebd.: 32ff); die vorliegende Arbeit soll ebendies versuchen, nämlich Theorie mit Empirie zu verbinden. Die Protestbewegung Spaniens ist jedenfalls, wie noch zu sehen sein wird, nicht getrennt von der Sozialstruktur zu beschreiben. Die AkteurInnen versuchen sozialen Wandel herbeizuführen.

Konkrete Ursachen von Konflikten vollständig zu identifizieren ist jedenfalls ein schwieriges, wenn nicht unmögliches Unterfangen. Bergmann zufolge ist eine Bewegung insofern immer „nur retrospektiv, rekonstruktiv beschreibbar“ (ebd.: 362), was in dieser Arbeit versucht wird. Gezeigt werden sollen einerseits die Ursachen (wenn dies auch eine spezielle Herausforderung darstellt und nicht vollständig realisiert werden kann) und die Wirkung der Bewegung 15-M auf die Gesellschaft.

3.2 Systemtheoretischer Zugang zu Protestbewegungen

Aufgrund der Vielzahl möglicher Perspektiven auf Protest und Bewegungen wollen wir uns im folgenden Abschnitt auf einen Denker der Moderne, nämlich Niklas Luhmann konzentrieren, der sich aus systemtheoretischer Sichtweise Protestbewegungen annähert und ein präzises begriffliches Instrumentarium anbietet das auch für die vorliegende Arbeit interessante Erkenntnismöglichkeiten bietet.

Die Bezeichnung Soziale Bewegung wird allgemein zur Beschreibung von Bewegungen im 19. Und 20. Jahrhundert verwendet, um sie von beispielsweise Adelsrevolten, Sklaven- oder auch Baueraufständen abzugrenzen. Häufig ist sie bezogen auf die sozialistische Bewegung des 19.Jh. Die Bezeichnung Neue Soziale Bewegungen ist eher gegenwartsbezogen- Luhmann kritisiert jedoch die seiner Ansicht nach unzureichende theoretische und gesellschaftstheoretische Perspektive (Luhmann 2003: 135). Präziser ist es ihm zufolge Protestbewegungen zu analysieren, wobei das Augenmerk auf Kommunikationen⁸ gelegt wird: „Proteste sind Kommunikationen, die an *andere* adressiert sind und *deren* Verantwortung anmahnen“ (ebd.). Ohne uns hier in die Theorie Luhmanns vertiefen zu wollen beschränken wir uns darauf, dass die Form des Protests immer ein Gegenüber (Zentrum vs. Peripherie) benötigt. Bei Protestbewegungen liegt zudem ein systembildender Prozess vor, wenn sich „ein Protestgeschehen als Katalysator zur Systembildung eignet“ (Hellmann 1996: 17) und AnhängerInnen rekrutiert werden; die Ursprünge liegen eher

⁸Zu verstehen als Synthese von Information, Mitteilung und Verstehen (vgl. Luhmann 1984: 196f.)

im Bereich der Mythenbildung ohne eindeutig identifizierbar zu sein (vgl. Luhmann 2003: 136). Nach Bergmann ist es für die Selbststabilisierung und Erzeugung der Einheit des Systems wichtig, dass „sichtbare gemeinsame Aktivitäten“ oder auch „eine überzeugende kollektive Definition und Selbstdeutung“ vorliegen (Bergmann 1987: 379).

Nach Harry Pross, einem deutschen Publizisten, hat Protest mit Widerspruch zu tun und adressiert die UrheberInnen der Mitteilung aber auch das Publikum, das angesprochen wird und für das Vorhaben gewonnen werden soll (vgl. Virgl 2011: 27). Das Thema gilt hierbei als das verbindende Glied (der drei Parteien) und dient der Mobilisierung. Es soll appellativ und alarmierend sein und die Positionierung in der Gesellschaft soll als unverzichtbar erscheinen (vgl. ebd. 28f., Luhmann 1995: 178). Die Aufrechterhaltung des Konflikts ist jedenfalls wichtig und die „eigene Selbstreferenz“ als „Bewegung“ (Bergmann 1987: 372) erlaubt „Selbstidentifikation“ und „Abgrenzung“ (ebd.) von anderen Ereignissen. Proteste werden immer vom System selbst konstruiert (vgl. Luhmann 2003: 137), gearbeitet wird mit der Differenz „Wir oder die Gesellschaft“ (Luhmann 1994: 178). Die Einheit/Geschlossenheit ist durch die Form (den Protest) gegeben, das Thema hingegen gewährleistet die Offenheit (Luhmann 2003: 137), wobei polarisierende Themen gewählt werden (Luhmann 1995: 207); als Nachteil kritisiert Luhmann, dass „analytische Tiefenschärfe ausgeschlossen“ (ebd.) ist.

3.3 Die Funktion sozialer Bewegungen für die Gesellschaft

Nach Luhmann erfüllen Soziale Bewegungen eine wichtige Funktion für die Gesellschaft, insofern, als sie zu deren Selbstbeschreibung beitragen und bisher vernachlässigte Themen behandeln, hierdurch Reflexionsdefizite ausgleichen (vgl. Hellmann 1996: 20; Luhmann 2003: 153). Sie decken Folgeprobleme auf, die die moderne Gesellschaft hervorgebracht hat und fokussieren auf die „Diskrepanz zwischen Erwartungen und Wirklichkeiten“ (Kneer/Nassehi 2000: 192), nehmen andere Möglichkeiten zur Problemlösung in den Blick und versuchen Alternativen zu formulieren (vgl. ebd. 189f.). Das Entstehen SB erklärt sich durch den Orientierungsverlust aufgrund der voranschreitenden Individualisierung, der Lockerung bisheriger Bindungen, die Individuen Halt gegeben haben (Familie, Religion) (Hellmann 1996: 11), generell einer Abnahme von Sicherheiten (Luhmann 1994: 189). Neben dieser negativen Entwicklung lässt sich als positive Hervorbringung der modernen Gesellschaft eine Zunahme an Autonomie/Freiheit erkennen. Die Freisetzung aus gesellschaftlichen Strukturen führt Luhmann zufolge u.a. zum Entstehen SB (vgl. ebd. 12)

Protest erweist sich deshalb als funktional für die Gesellschaft, da der gesellschaftliche Status quo aufgebrochen werden kann und neue Optionen

und Anpassungen realisiert werden können (vgl. Hellmann 1996: 9f.), dies wird deshalb notwendig, als es die Politik nicht vollbringt „genügend Alternativen zur Entscheidung zu bringen“ (ebd. 10). Dies erweist sich auch in Hinblick auf Spanien als durchaus plausibel. Bewegungen ermöglichen zu sehen was andere nicht sehen – sie beobachten die Gesellschaft anhand der Beschreibung ihrer Folgen (vgl. Luhmann 1995: 209), und die netzwerkartige Kommunikation wiederum erreicht es über das gegenwartsbezogene aber auch zukünftige Geschehen zu informieren (AdressatInnen, SympathisantInnen und potenzielle AnhängerInnen) (vgl. Virgl 2011: 136). Protest kann auch als Ausdruck von Risikoaversion verstanden werden, was Luhmann zufolge das Neue an heutigen Protestbewegungen ist (im Gegensatz zu Protesten für oder gegen Normen oder für Verteilungsgerechtigkeit). Die Unterscheidung nach Risiko und Gefahr ermöglicht zu sehen, dass riskante Entscheidungen die heute getroffen werden, auch eine Gefahr hinsichtlich zukünftiger Entwicklungen bedeuten können (und Verantwortliche nicht zur Rechenschaft gezogen werden). Risikoaversion meint die „Ablehnung von Situationen, in denen man das Opfer des riskanten Verhaltens anderer werden könnte“ (Luhmann 2003: 146). Dieser Widerstand gegen risikoreiche Situationen lässt sich auch in Spanien erkennen – auch hier lehnt man sich dagegen auf, dass jene, die riskante Entscheidungen treffen (und die für andere schließlich eine reale Gefahr darstellen) keine Konsequenzen zu tragen haben. Riskantes Entscheiden und Betroffensein (vgl. Luhmann 2003: 149) triften auseinander. Des Weiteren sind nach Luhmann insbesondere AkademikerInnen und Jugendliche betroffen. Sie sind „selbstbezüglich und paradoxeempfindlich“ (Luhmann 1995: 204) und stärker in Protesten engagiert. Sie sind der Meinung, dass ihnen (die Aussicht auf) ein selbstbestimmtes Leben zusteht und tolerieren etwaige Beeinträchtigungen „nur aus einsichtigen Gründen“ (ebd.): Ihre Lebenslage empfinden sie als paradox, und dies wird in Form von Protesten, wie in Spanien zu sehen ist, erkennbar. Sie haben es geschafft, die spanische Gesellschaft wachzurütteln, für diverse Missstände zu sensibilisieren und alternative Lebensformen zu erproben.

3.4 Organisationsformen des Prekariats

Den PolitikwissenschaftlerInnen Candeias und Völkel zufolge steht das Prekariat, das in der Bewegung 15M wesentlich ist, Umbrüchen gegenüber, die immer auch die Option beinhalten, dass etwas Neues und Widerständiges entstehen kann (ebd.: 21). Die *Indignados* (aber auch Occupy Wall Street) reagierten auf die Krise der Repräsentation, sie favorisieren direkte, horizontale und inklusive Partizipationsformen. Ausgangspunkt für das Handeln und das Sich-Organisieren sind die Verletzung sozialer Interessen. Als sinnvoll erachtete Arbeit, leistbare Ausbildung und Zukunftsperspektiven scheinen nicht mehr gegeben zu sein

(vgl. ebd.: 47). Des Weiteren empfindet man Ungerechtigkeit betreffend die Verteilung der Krisenkosten sowie die Kürzungspolitik. Resultat des Unmuts war eine breit angelegte *gesellschaftliche Mobilisierung* (Candeias/Völpel 2014: 13). „Immer geht es um ein Gefühl und die Erfahrung der Verletzung von Gerechtigkeitsprinzipien in einer verallgemeinerten Kultur der Unsicherheit“ (Candeias/Völpel 2014: 48). Die Neuen Demokratiebewegungen sind charakterisiert durch ein hohes Ausmaß an Prekarisierung aber auch an Selbstorganisierung. 15-M lässt sich jedenfalls nicht an Einzelforderungen festmachen, es geht um mehr, nämlich um „systemische Veränderungen“ (ebd.). Die Komplexität der Problemstellung erlaubt jedoch keine einfachen Antworten: Man lotet indessen Möglichkeiten aus und konstruiert lebbare gesellschaftliche Alternativen.

Dem Prekariat wird oftmals Apathie, Passivität und Resignation zugeschrieben, dies steht im Gegensatz zu widerständigen Praxen⁹ und neu entstehenden Organisations- und Protestformen (vgl. Candeias/Völpel 2014: 30f). Beobachtbare kollektive Handlungsfähigkeit, Solidarität und Reorganisation der Gemeinschaft (ebd.: 32) sind der Beweis, dass die spanische Zivilgesellschaft nicht schläft. Ganz im Gegenteil, Untätigkeit (z.B. hervorgerufen durch Angst) wäre über Jahre ein Dauerzustand gewesen, den man heute ablehnt. Gemeinsam kann „erweiterte oder verallgemeinerte Handlungsfähigkeit“ (ebd.: 33) errungen werden. Als Beispiele für widerständiges Handeln sind die zahlreichen selbstorganisierten Initiativen der 15M-Bewegung jedenfalls auch zu werten, denn sie illustrieren wie Hilfe zur Selbsthilfe jenseits von Markt und Staat gestaltet werden kann.

Für erfolgreiche kollektive Organisierung ist Partizipation wichtig, das heißt, jeder Einzelne kann an wichtigen Entscheidungen teilnehmen (Candeias/Völpel 2014: 34). Heutige Formen politischer Repräsentation (Wahlen, diverse Mitgliedschaften) gewährleisten diese Form kollektiver Organisierung nicht mehr hinreichend (ebd. 34f.). Dazu meint die Sozialwissenschaftlerin Ruth Sims, dass die Organisierung der Zivilgesellschaft und ihre Protestaktivitäten weniger an traditionelle Institutionen der Zivilgesellschaft gekoppelt ist (vgl. Sims 2013: 1f), ein Trend, der insbesondere auch auf die Entstehungsphase der 15-M Bewegung zutrifft. Die Indignados distanzieren sich von etablierten Formen politischer Repräsentation, was auch mit einem Vertrauensverlust in bestehende Institutionen zusammenhängt (vgl. Sims 2013: 3f.). Die Korruption, die sich in Spanien durch alle Ebenen der Politik zieht, hat hierzu wohl maßgeblich beigetragen.

⁹Subjektive Handlungsfähigkeit kann einerseits eine restriktive sein- dies meint einen begrenzten Spielraum im Rahmen der herrschenden Verhältnisse zu haben, oder kann Handeln widerständig sein, dann geht es darum Grenzen zu überschreiten (vgl. Candeias/Völpel 2014: 33)

4 Globale Protestaktionen

Der deutsche Politikwissenschaftler Wolfgang Kraushaar berichtet in der Einleitung zu „Der Aufruhr der Ausgebildeten“ (2012) über folgende internationale Beobachtung:

Von Tunesien aus ist der Funke auf Ägypten und dann von einem arabischen Land zum nächsten übergesprungen. (...) Das (...) hat Akteure in Ländern außerhalb des arabischen Raums dazu gebracht, sich an der Besetzung des Tahrir-Platzes in Kairo zu orientieren, diese zum Modellfall zu erklären und ihr Heft schließlich selbst in die Hand zu nehmen. Resultat war ein regelrechter Dominoeffekt. (Kraushaar 2012: 9)

Auch Spanien war ein Dominostein, der im internationalen Kontext einerseits eine nachahmende und andererseits eine vorbildliche Rolle einnahm.

4.1 Der arabische Frühling

Während die spanische Bevölkerung 2009/10 mit Entsetzen die ersten Folgen der globalen Wirtschaftskrise spürt (die Sparkassen gehen Bankrott, die Arbeitslosigkeit steigt, etc.) ereignet sich in Tunesien jener Vorfall eines jungen Obst- und Gemüsehändlers, der in Windeseile internationale Massenbewegungen auslöst.

Bouazizi, der sich aus Protest gegen die Regierung selbst verbrennt, verkörpert die Missstände der tunesischen Bevölkerung: Soziale Deprivation und berufliche Perspektivlosigkeit trotz guter Schulbildung. In vielen arabischen Ländern kommt es zu einem paradoxen Effekt: Mit zunehmenden Bildungsniveau steigt das Risiko, arbeitslos zu werden. (Kraushaar 2012: 107)

Nicht nur Tunesien kämpft für bessere gesellschaftliche Verhältnisse. In Ägypten sieht man sich mitunter konfrontiert mit Überbürokratisierung, schlechten Arbeitsbedingungen und Korruption. Der Wahlbetrug vom Dezember 2010 bringt das Fass schließlich zum Überlaufen: Am „Tag des Zorns“ versammeln sich tausende ÄgypterInnen in tunesischer Manier, um am Tahrir-Platz ein Zeichen zu setzen. Der 28. Januar 2011 ist der „point of no return“: 10.000 Menschen mobilisieren sich gegen die Regierung. Auch Mubaraks Ansprachen an das Volk können die Menge nicht beruhigen. Im Februar sieht sich der Staatschef zum Rücktritt gezwungen. Der Autokrat wurde aus dem Amt verjagt, die alten Strukturen bestehen jedoch weiter. (ebd.)

Der Funke der Empörung springt über auf andere arabische Länder: Im Jemen brachen die Proteste am 15. Januar aus, in Libyen finden die ersten Protestaktionen gegen das Gadaffi-Regime am 15. Februar in Bengasi statt. In Syrien empört man sich am 15. März über die Verhaftung von Kindern, die regimekritische Graffiti gemalt haben sollen; das Assad Regime kommt immer mehr in Bedrängnis. (ebd.)

Ein Land dient dem anderen als Vorbild. Die Bezeichnung *transnationale Freiheitsbewegung* drückt aus, wofür sich die AktivistInnen einsetzen: Demokratie und soziale Gerechtigkeit. (ebd.: 105f)

4.2 „Occupy Wallstreet“

Beeinflusst vom arabischen Frühling und inspiriert durch die spanischen „Indignados“ zeigt man auch Übersee seinen Groll gegen das „Regime der Wirtschaftskonzerne“¹⁰. Am 17. September 2011 versammeln sich 5000 Personen in Lower Manhattan, New York. Gemeinsam ziehen sie durch das Finanzdistrikt. Das große Polizeiaufgebot verhindert, dass man bis zur Wall Street durchdringt. Daher begeben sich die Menschenmassen in den in der Nähe gelegenen Zuccotti-Park und errichten dort ein Zeltdorf. Der Park wird in „Liberty Plaza Park“ umbenannt – in Bezug auf die Besetzung des Tahrir-Platzes in Kairo. Die mediale Aufmerksamkeit bekommt die Bewegung mitunter durch die Verhaftung von 700 AktivistInnen, als diese über die Brooklyn Bridge marschierten. (ebd.)

Die Infrastruktur an den besetzten Plätzen ist beeindruckend. Es werden Konzerte veranstaltet, Schlafsäcke und weitere Utensilien verteilt; außerdem installiert man eine Krankenstation, eine Feldküche, eine Bibliothek, oder ein Medienzentrum. Darüber hinaus kümmert sich eine Menschengruppe um die mediale Präsenz auf Facebook und Twitter. Das „Human Microphone“ (also ein Sprechgesang im Kanon) ist eines der Innovationen der neuen Proteste. (ebd.)

Die Themen der Occupy-Bewegung ähneln jenen des Arabischen Frühlings, wenngleich verschiedene Ausgangsbedingungen (Autoritäres Regime vs. Forderung nach mehr Demokratie) vorherrschen: Es geht um Armut, Verschuldung, soziale Ungleichheit und Arbeitslosigkeit. Die AkteurInnen des Arabischen Frühlings und jene von Occupy Wall Street bemühen sich um eine intensivere Beziehung zueinander: Am 23. Oktober treffen sich AktivistInnen und sprechen über deren Gemeinsamkeiten und Unterschiede. In den arabischen Ländern ginge es um die Durchsetzung von grundlegenden Rechten, in den USA jedoch möchte man Korrekturen am bestehenden System erreichen. (vgl. ebd.: 84)

4.3 Die Anti-Banken-Bewegung

Der Arabische Frühling ist eine nachahmenswerte Aktion sowohl für die spanische Bevölkerung, als auch für Occupy-Wallstreet in den USA.

Die Vorreiterrolle übernimmt aber Spanien selbst, als es um die globale Ausweitung der Anti-Banken-Bewegung geht. Die spanische Graswurzelbewegung „¡Democracia Real Ya!“ ruft einen internationalen

¹⁰ Die Bezeichnung stammt von Kalle Lasn, einem Vietnamkriegsgegner und Gründer der Zeitschrift Adbusters, mit der er sich gegen die Konsumindustrie richtet. Gemeinsam mit Micah White initiierte er die erste Protestaktion über soziale Netzwerke.

Protesttag am 15. Oktober 2011 aus, was eine weltweite Vereinigung in 911 Städten bzw. 82 Ländern zur Folge hat. (ebd.)

Die Mobilisierung – ausgehend aus Spanien – war ein voller Erfolg, wenn man bedenkt, dass diese ohne Unterstützung von Staaten, Parteien, Gewerkschaften oder transnationalen Organisationen erfolgte. (ebd.)

Was bewegte nun rund 130.000 Menschen auf der iberischen Halbinsel dazu, sich und andere zu mobilisieren und – inspiriert von der Hartnäckigkeit der AktivistInnen am Tahrir-Platz – ihre Empörung fortwährend kundzutun?

5 Die Situation Spaniens

Weltweite Protestbewegungen veranlassen auch Spanier und Spanierinnen die Häuser zu verlassen. Der Unmut der heutigen Zeit entspringt zum Teil der Vergangenheit.

5.1 Die Wirtschaft Spaniens vor der Krise

In der Ära der Franco-Diktatur von 1939 bis 1975 ist Spanien wirtschaftlich verhältnismäßig unbedeutend. Zwar kann das Land, durch einen in der Nachkriegszeit staatlich initiierten Industrialisierungsprozess, ein bis zur Ölkrise 1973 relativ konstantes Wirtschaftswachstum verzeichnen, jedoch spielt es im globalen-ökonomischen Kontext eine untergeordnete Rolle. (vgl. Köhler 2010)

Erst in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre entwickelt sich Spanien zu einem der größten wirtschaftlichen Boom-Länder der Welt und steigt somit zur fünftgrößten Volkswirtschaft Europas und zur achtgrößten der Welt auf. (vgl. ebd.)

Alleine in der Zeitspanne von 1995 bis 2007 werden sieben Millionen neue Jobs geschaffen und die Wirtschaft wächst um rund 4%. Nicht zuletzt durch die massive Erweiterung des Arbeitsplatzangebotes, partizipieren weite Teile der Bevölkerung an der wirtschaftlichen Erfolgsstory Spaniens. (vgl. López, Rodríguez 2011), bis zur Wirtschafts- und Finanzkrise spricht man von den „golden Jahren“ (vgl. Wieland 2011).

„(...) el toro español se comportó bastante mejor que los melancólicos leones de la ‚Vieja Europa‘¹¹.“ (López, Rodríguez 2011: 5) Die spanische Wirtschaft der 90er Jahre kann sich sehen lassen, so die Einschätzung vieler WirtschaftsexpertInnen.

Der Bauboom

Der Boom ist vor allem mit den folgenden zwei prosperierenden Sektoren in Verbindung zu bringen: Dem Tourismus und der Baubranche, während sich

¹¹ Übersetzung durch die Autorinnen: „Der spanische Stier steht besser dar, als die melancholischen Löwen des alten Europas.“

die anderen Wirtschaftszweige mit einer Phase der Stagnation konfrontiert sehen. Ein Umstand, der sich spätestens mit dem Platzen der Immobilienblase und der damit jäh einhergehenden Beendigung des Baubooms bitter rächen sollte. (vgl. Kreiß 2007)

Der Baubranche lässt sich eine Reihe bemerkenswerter Kennzahlen zuschreiben: In der Zeit von 1997 bis 2007 steigen die Hauspreise um 220% an und es lässt sich eine Erweiterung des Wohnraumbestandes um 30% beobachten, was in absoluten Zahlen der Schaffung von sieben Millionen neuen Wohneinheiten entspricht. Anreize, die zielsicher zu Immobilienblasen führen, nennt man auch „*perverse incentives*“ (vgl. López, Rodríguez 2011). Der immense Wildwuchs an neu gebauten Häusern lässt sich durch folgendem Vergleich sehr gut illustrieren: In der genannten Zeitspanne werden in Spanien mehr Wohnungen gebaut als in Großbritannien, Frankreich und Deutschland zusammen. (vgl. ebd.)

Die ausländische Kreditflut – teilverursacht durch den EURO – bewirkt sogar eine deutlich stärkere Immobilienblase als in den USA. (vgl. Kreiß 2007)

Die Jahre des Baubooms haben auch regionale Veränderungen geschaffen: Die Bevölkerung verlagert sich einerseits in Richtung Küstenregion und andererseits in die Hauptstadt Spaniens. Madrid zählt alsbald mehr als sechs Millionen EinwohnerInnen. Als Hauptquartier der großen multinationalen Konzerne wird Madrid zu einer aufstrebenden globalen Stadt („*ciudad global*“) von welcher aus der Handel mit Europa und Südamerika abgewickelt wird. (vgl. López, Rodríguez 2011)

Die Verlierer dieser Entwicklung sind die kleineren Städte innerhalb Spaniens. Dies verschärft den Konflikt mit den *comunidades autónomas* zunehmend. Regionale Forderungen blühen wieder auf: Mehr Autonomie fordert man hinsichtlich Steuern; auch die Rivalität um Wasserrechte ist ein wiederkehrendes nationales Thema. (vgl. ebd.)

5.2 Soziale Sicherungssysteme in Spanien

Während Preise und Kredite aufgrund der Immobilienblase in die Höhe schnellen, scheinen die niedrigen Staatsausgaben, die sinkenden Löhne oder die steigenden befristeten Arbeitsverträge weniger Thema zu sein. Betrachtet man Spanien anhand seiner Sozialausgaben pro Kopf, so rangiert das Land an letzter Stelle der EU-15. Zwischen der erreichten Wirtschaftsleistung und den öffentlichen Ausgaben für die Etablierung sozialstaatlicher Strukturen, lässt sich eine bisher ungeschlossene Lücke beobachten. (vgl. Villota Gil-Escoín, Vázquez 2008)

Ein sehr schlecht ausgestattetes Pensionssystem veranlasst vor allem die junge Generation die finanzielle Unabhängigkeit als Zukunftsmusik zu belassen, da die Unterstützung aus dem Elternhaus nur mehr gering gegeben ist.

Das Pensionssystem

Die zunehmende Alterung¹² der Bevölkerung belastet wie so viele andere Länder auch Spanien. Der zusätzliche Hemmschuh ist aber die Rekord-Arbeitslosigkeit, die immer mehr BeitragszahlerInnen wegfallen lässt. Binnen vier Jahren musste das System auf drei Millionen BeitragszahlerInnen verzichten, zeitgleich sind aber bereits über acht Millionen RentnerInnen zu versorgen. Hinzu kommen Firmen, die bei den Beitragszahlungen säumig sind – beispielhaft sind hier Fußballclubs, die hohe Summen schuldig sein sollen. (vgl. format.at 2012)

Ersatz für Sicherungssysteme

Durch die vorherrschende Ineffizienz der Sicherungssysteme, werden viele Sozialleistungen von traditionellen, nicht-staatlichen Netzwerken bereitgestellt. Hier sind allem voran die Familie und die katholische Kirche zu nennen, wobei in erster Linie der Katholizismus in Spanien nach wie vor ein relevanter Einflussfaktor ist und insbesondere bei gesellschaftspolitischen Fragen über eine ausgeprägte Mobilisierungskraft verfügt. (vgl. Schmid 2010)

Die familiäre Unterstützung – vor allem die durch ältere Familienmitglieder – spielt finanziell gesehen eine große Rolle. Im Jahr 2012 müssen 600.000 Haushalte ohne Einkommen ausharren; ihre drei wichtigsten Hilfsquellen sind in dieser Reihenfolge: die Familie, soziale Hilfsorganisationen und nachbarschaftliche Netzwerke. Eine Caritas-Umfrage in Spanien hat ergeben, dass sich Familienmitglieder durch die Bereitstellung von Nahrungsmittel unter die Arme greifen, genauso helfen sie sich bei Wohnungsproblemen. Vielerorts werden Wohnungen von mehreren Generationen bewohnt, um sich zusätzliche (Miet-)Kosten zu ersparen. Eine weitere hilfreiche Stütze ist die Kindererziehung, die oftmals von mehreren Generationen erfolgt. Einer der wichtigsten Faktoren ist jedoch die emotionale Unterstützung in Zeiten der Krise. (vgl. Cabrera 2013)

Das Potential der Protestbewegungen speist sich demnach nicht nur aus der Weltwirtschaftskrise, sondern ist zum Teil tiefer in den Strukturen des Landes verankert ist.

5.3 Die Weltwirtschaftskrise und nationale politische Krisen

Die Weltwirtschaftskrise führt Spanien beinahe mehrere Male in den Staatsbankrott. Die Krise zeigt sich am Anstieg der Arbeitslosenzahlen im Jahre 2008:

¹² Dazu kommt die niedrigste Geburtenrate der Europäischen Union mit maximal einem Kind (1,27) pro Familie. (vgl. datosmacro.com 2013)

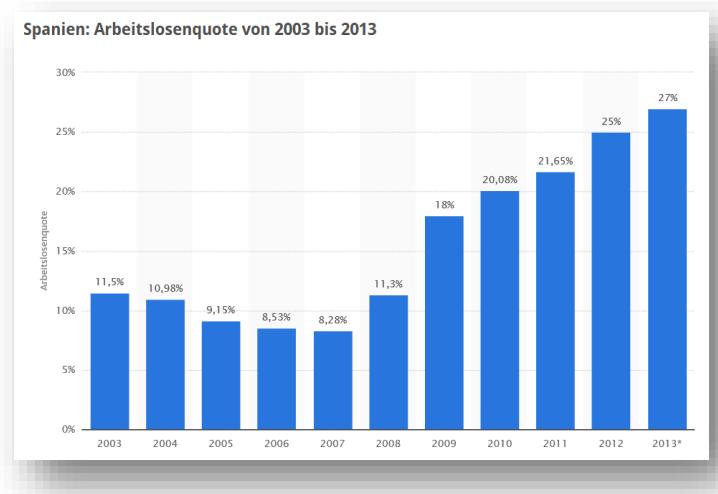


Abbildung 1: Spanien: Arbeitslosenquote von 2003 bis 2013. (vgl. statista.com)

Der Anstieg der Arbeitslosenzahlen beläuft sich in den ersten zwei Jahren nach der Krise auf 119%. Zudem verzeichnet die Industrieproduktion 2009 einen dramatischen Einbruch von knapp 16%. Insgesamt liegt die Zahl der Arbeitslosen 2012 bei 6 Millionen Menschen. (vgl. Internationale Vereinigung für soziale Sicherheit, 2011). Am stärksten von der Krise betroffen ist der Bausektor, welcher der wichtigste Antriebsmotor des Wirtschaftswachstums ist. Der Bauboom wurde durch die Regierung mittels Steuererleichterungen massiv beschleunigt, Kredite wurden freizügig an KundInnen vergeben und Korruptionsfälle gab es auch in den höchsten Ämtern.

Austeritätspolitik

2010, als auch Griechenland krisengeschüttelt erwacht, beginnt die spanische Regierung unter Zapatero¹³ eine Austeritätspolitik einzuleiten. Entsprechend den Anweisungen aus Brüssel und Berlin (bzw. EU-Troika) haben die Einsparungsmaßnahmen auch Arbeitsmarktreformen zu umfassen, die zum einen der Sanierung der Staatsfinanzen dienen und zum anderen die Strukturprobleme der spanischen Wirtschaft überwinden helfen sollen. Es dominieren Ausgaben, die zu Lasten der Beschäftigten im öffentlichen Dienst gehen (Lohnkürzungen), begleitet von erhöhten Anforderungen (Arbeitszeitverlängerung). Sparmaßnahmen im Bildungs- und Gesundheitswesen führen zu großer Betroffenheit in der Bevölkerung. (vgl. Witte 2012). Seitens der Plattform *Democracia Real Ya!* wurde die

¹³ Die „Kehrtwende“ Zapateros – der vorerst nicht auf die Krise reagierte – begründet er mit der Notwendigkeit, die Märkte zu beruhigen und den Erwartungen der EU gerecht zu werden. Die aktuelle PP Regierung hat es argumentativ etwas leichter, entspricht die Austeritätspolitik ja ideologisch gesehen ihren Vorstellungen. Doch im selben Maße wie ihre Vorgänger stellt die Rajoy-Regierung die Austeritätspolitik als ein von außen auferlegtes Pflichtprogramm dar. (vgl. Witte 2012)

Austeritätspolitik als Pakt zwischen PolitikerInnen und BankerInnen kritisiert (Delclós/Viejo 2012: 94)

Die spanische Gesellschaft befindet sich in einem Teufelskreis: Auf der einen Seite verlieren tausende Menschen in der Baubranche ihren Job, auf der anderen Seite bringen die steigenden Zinssätze viele KreditnehmerInnen in Bedrängnis. Das Ergebnis sind Zwangsräumungen, Obdachlosigkeit oder das Unterkommen bei Verwandten, während unzählige Wohnungen in Spanien leer stehen. (vgl. Wiktorin 2008)

Wohnraum in Spanien: Zwangsräumungen und Wiederaneignung öffentlichen Raums

An der nachfolgend geschilderten Thematik, die sich mit Wohnraum in Spanien und damit einhergehenden Problemen beschäftigt, lässt sich das Ineinandergreifen der politischen und ökonomischen Sphäre aufzeigen. Darüber hinaus ist es ein spannendes Beispiel für erfolgreiches selbstorganisiertes zivilgesellschaftliches Handeln, das gemeinsame Interessen und Anliegen unterschiedlicher Generationen und Bevölkerungsteile (Junge und Familien) in den Vordergrund stellt.

Die spanische Verfassung schreibt zwar das Recht auf Wohnen fest (Art. 47), eine Besonderheit jedoch ist, dass es kaum sozialen Wohnmietraum gibt. Der Trend (beginnend bereits zu Zeiten der Diktatur) geht in Richtung Wohnungseigentum. Die Wohnungspreise stiegen aufgrund von Spekulationen (vgl. Abellán et.al. 2012: 322) infolge der Deregulierung und Privatisierung der Banken rasant an – um 200% allein zwischen 1997-2007 – wenngleich es 1,2 Millionen leerstehende Wohnungen gibt (vgl. Asensi 2014: 65 nach El País vom 4.1.2014). Das entspricht Leerständen von ca. 20% bzw. 4 Millionen Wohnungen (Candeias/Völpel 2014: 134).

Die Verschuldung der spanischen Privathaushalte stieg an, als zahlreiche Kredite weiter vergeben werden, ohne auf Risiken hinzuweisen (Candeias/Völpel 2014: 131). Nach Platzen der Immobilienblase und erfolgter Bankenrettung beschuldigt man die Bevölkerung über ihre Verhältnisse gelebt zu haben. Das Risiko von Armut und sozialer Exklusion betrifft 27% der Gesamtbevölkerung (vgl. Asensi 2014: 64). Zwischen 2008-2012 wurden ca. 362.776 Familien (Asensi 2014: 62) delogiert (326.780 Zwangsräumungen nach Candeias/Völpel 2014: 132), da sie ihre Hypothekenkredite nicht mehr bezahlen konnten. Viele Familien mit Kindern ziehen zu den Großeltern, da sie sich keine eigene Wohnung mehr leisten können (Candeias/Völpel 2014: 132). Was sich hier deutlich illustrieren lässt, ist, dass die Krise nicht nur Spaniens Jugend massiv betrifft, sondern auch Familien; die Eltern- sowie Großelterngeneration ist von den schwerwiegenden Konsequenzen der Krise betroffen.

Die akute Notlage führt dazu, dass sich die Zivilgesellschaft zu organisieren beginnt; bereits vor der Krise war *V de Vivienda* aktiv und forderte das Recht auf würdigen Wohnraum ein, wodurch Wohnungsprobleme, die seitens der Politik und Massenmedien unbeachtet blieben, thematisiert wurden. Die Schwierigkeit lag und liegt für SpanierInnen einerseits darin, Zugang zu Wohnraum zu bekommen, bzw. diesen nicht zu verlieren. Die Organisation PAH (Plataforma de Afectados por la Hipoteca) versucht seit ihrer Gründung im Jahr 2009 folgende Ziele zu erreichen: den Stopp von Delogierungen, die Umwidmung von Leerständen (im Eigentum von Banken) in sozialen Wohnraum und die Tilgung der Gesamtschulden durch Wohnungsbereignung (vgl. Asensi 2014: 66; PAH 2014). Durch ihre aufsehenerregenden Aktionen erreicht PAH eine breite Medienöffentlichkeit und sensibilisiert für Wohnraummissstände. Wichtig ist, dass sie Hilfe zur Selbsthilfe forciert. (vgl. Candeias/Völpel 2014: 133f.; PAH 2014)

Spanische Hypothekengesetze sind eine Anomalie, dem EuGh zufolge nicht EU-rechtskonform (Candeias/Völpel 2014: 133). Das Risiko hinsichtlich der Hypothekarverträge ist darin auszumachen, dass die Person haftet; trotz Versteigerung der Wohnung ist die restliche Schuld zuzüglich Zinsen zu begleichen. Eine Volksgesetzgebungsinitiative betreffend das Anliegen des Schuldenerlasses nach Wohnungsverlust (die Unterschriftensammlung erfolgte seitens PAH, Gewerkschaften und IU) wurde vom Parlament blockiert (vgl. Asensi 2014: 68). Die Autoren Candeias/Völpel (2014: 133) meinen, dass die Umsetzung seitens der Regierung verschleppt wird (vgl. auch Wandler 2013). Die Initiativen machen indes auf friedlichem Wege auf strukturelle Probleme aufmerksam. Sie setzen an Grundbedürfnissen an, forcieren Selbstorganisation statt Resignation und zeigen Alternativen auf. (vgl. Asensi 2014: 62; 69) Eine Reform („Moratorium auf neue Räumungsverfahren über zwei Jahre“) wurde von der Regierung beschlossen, sie ist zwar ein Entgegenkommen für Familien mit Kleinkindern und jene, deren Jahreseinkommen 19.000 Euro nicht überschreitet, offeriert jedoch jenen, die bereits ihre Wohnung verloren haben, keine Hilfe (vgl. Marot 2012). Einige Gemeinden versuchen auf die Missstände zu reagieren und beschließen ein Räumungsverbot für den Fall, dass kein Ersatz für verlorenen Wohnraum den Betroffenen zur Verfügung gestellt würde. Die Selbstmorde, die mit Delogierungen einhergehen (vgl. Brickner 2013,) scheinen zumindest partiell für die persönlichen und sozialen Dramen sensibilisiert zu haben.

Eine Antwort auf die vollzogenen Zwangsräumungen sind die bereits erwähnten kollektiven Formen der Wiederaneignung öffentlichen Raums (vgl. Janoschka/Sequera 2011: 158). Interessant ist, dass sich die Einschätzung dieser Rückeroberungen seitens der SpanierInnen stark geändert hat. Sie werden vermehrt als legitim erachtet, als angemessene Antwort auf fortschreitende Exklusion und Delogierungen, anstatt als

Tabu¹⁴. Die Bewegung 15-M und deren Strategien stießen auf Sympathie (vgl. Abellán et.al. 2012: 325), obwohl sie eine wichtige Säule des kapitalistischen Systems implizit infrage stellten, nämlich den Schutz des Privateigentums. Schließlich sind es die vom Staat mittels Steuergeld geretteten Banken, die Immobilien aufgrund der Krisensituation nach Platzen der Immobilienblase und Wirtschafts- und Finanzkrise zu Schleuderpreisen erwarben. Diese Diskrepanz, dass Banken gerettet werden, während staatliche Leistungen für BürgerInnen indes massiv beschnitten werden, ist ein wichtiger Grund, um den Stimmungswandel breiter Bevölkerungsschichten verstehen zu können. Nach Janoschka/Sequera (2011: 151ff.) können Brüche im finanzkapitalistischen System ausgemacht werden; Kritik an der privatwirtschaftlichen und neoliberalen Inwertsetzung von öffentlichem Raum wird durch diese kollektiven Rückeroberungen geübt. Wiederaneignungen sind ein anschauliches Beispiel für das Aufzeigen von Alternativen, die an systemischen Grundfesten rütteln. Die Politikwissenschaftler Abellán und Janoschka sowie der Soziologe Sequera (2012) sehen alternative Kooperationsformen, selbstorganisierte Formen des Widerstands, gewissermaßen eine Gegenkultur im Entstehen. Ein populäres Beispiel wäre das leerstehende Hotelmadrid (vgl. Abellán et.al. 2012), das am 15.10.2011 besetzt und 50 Tage später geräumt wurde. Hier wurde mit direkter Demokratie experimentiert, denn die Nutzung wurde gemeinschaftlich bestimmt und Wohnraum für delogierte Familien zur Verfügung gestellt. Die vormals der linken, autonomen Szene zugeschriebenen und als kriminell und illegitim angesehenen Besetzungen werden infolge der Positivbeispiele, die auf das Wohl und die Nutzung durch die Bevölkerung fokussierten, zunehmend akzeptiert und wohlwollend betrachtet. Bewusst spricht man nicht von *besetztem*, sondern *befreitem* Raum (vgl. ebd.:323; Janoschka/Sequera 2011: 159).

Jugendarbeitslosigkeit

In Spanien hat sich die traditionell ohnehin schon hohe Jugendarbeitslosigkeit durch die Krise noch verschärft und kann vor allem im Verhältnis zur Gesamtarbeitslosigkeit einen steilen Anstieg verzeichnen:

¹⁴ Beispiele für bereits geräumte bzw. aktuell besetzte Häuser in Madrid sind: La traba, la Quimera, el Patio Maravillas, Salamanquesa, la Tabacalera oder la Casa Blanca.

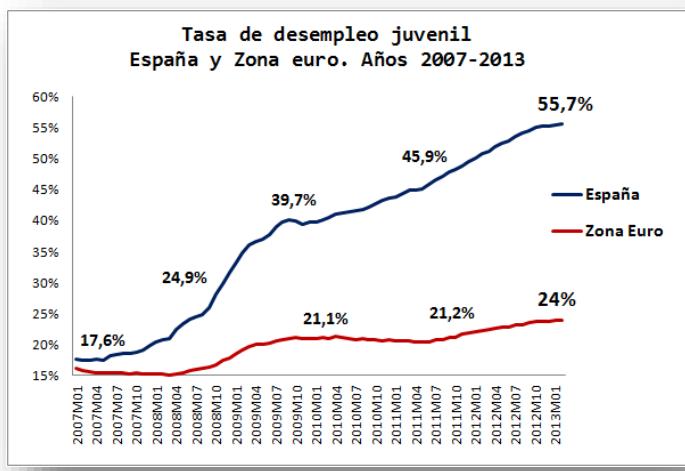


Abbildung 2: Jugendarbeitslosigkeitsquote im europäischen Vergleich von 2007-2013. (vgl.elcaptor.com)

Wie man hier sieht, klettert die Jugendarbeitslosigkeit von fast 25% bei Ausbruch der globalen Finanzkrise auf bis zu 55,7% im Jahr 2013. Die Jugendlichen in Spanien werden in den Medien oftmals als „die verlorene Generation“ („la generación perdida“) bezeichnet. Nicht nur, dass die Jugendarbeitslosigkeit erschreckend hoch ist, auch jene Jugendliche die in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, haben oftmals mit prekären, befristeten Arbeitsverhältnissen zu kämpfen. Die Chancen eine unbefristete berufliche Tätigkeit ausüben zu können, liegen laut Schätzungen bei nur rund 20%. Jedoch entspannt sich die Lage etwas: Im ersten Quartal 2014 kann man erstmals seit 2006 einen leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit erkennen, jedoch sind mehr als 90% der im März 2014 abgeschlossenen Arbeitsverträge befristet. (vgl. Lang 2014)

Mögliche Programme gegen Jugendarbeitslosigkeit (wie z.B. Arbeitszeitverkürzungen oder Minijobs nach deutschem Vorbild) stehen auf der iberischen Halbinsel nicht am Programm. Für weniger Lohn noch mehr zu arbeiten, ist für viele Jugendliche Realität. Die beiden traditionellen Gewerkschaften UGT und CCOO vollziehen zwei erfolglose Generalstreiks¹⁵. Sie werden als Teil des politischen Establishments gesehen und profitieren kaum von der Krise. (vgl. Gratius 2013)

Das Zweiparteiensystem

Vor allem die Jugend hält das Zweiparteiensystem in Spanien für ein andauerndes nationales Problem. Für die Protestgemeinde gibt es keine Alternativen zur christdemokratischen Partei (Partido Popular – PP) einerseits und der sozialdemokratischen Partei (Partido Socialista Obrero

¹⁵ Der aktuellste Generalstreik der UGT, CCOO und SU vollzog sich am 18. Juli 2014 in Torrelavega. (vgl. Europapress.es 2014)

Español – PSOE) andererseits, deren politische Agenden als neoliberal klassifiziert werden (vgl. Castaneda 2012: 310). Die gesetzten Handlungen in Folge der Wirtschaftskrise werden laut Eurobarometer von 86% der RespondentInnen als unwirksam angesehen, und sowohl aus ökonomischen als auch aus moralischen Gründen werden die Einsparungsmaßnahmen kritisiert (vgl. Hughes 2011: 410). Jedoch hat keine der beiden Parteien Konsequenzen aus der Vertrauenskrise gezogen, so die spanische Politikwissenschaftlerin Susanne Gratius. Eine Umfrage im April 2013 ergibt, dass PSOE und PP heute nur noch über den Rückhalt von 50% der WählerInnen verfügen. „Fänden jetzt Wahlen statt, würde die PP nicht mehr wie 2011 eine deutliche Mehrheit von 44,7 Prozent erzielen, sondern nur noch 24,5 Prozent der Stimmen erhalten.“ (Gratius 2013: 3) Knapp danach käme die sozialdemokratische Partei PSOE mit 23%. Innerhalb dieser Partei spreche man allerdings über mehr innerparteilicher Demokratie, wie z.B. die Direktwahl der KandidatInnen auf Landes- und Kommunalebene. (vgl. ebd.)

Die GewinnerInnen der Krise des Zweiparteiensystems sind jedenfalls die linke Partei *Izquierda Unida* (IU) und die *Union Fortschritt und Demokratie* (UP y D). Auch die Parteien in den autonomen Regionen Spaniens sind nun begünstigt durch die Krise. Erstmals könnte sich 2015 die Möglichkeit einer Koalitionsregierung bieten. (vgl. ebd.)

Die neue soziale Protestbewegung zieht – aufgrund oben genannter Gründe – vor allem Jugendliche an. Die „verlorene Generation“¹⁶ steht außerhalb des politischen Systems und hat kaum Optionen, „sie kann sich lediglich für Abwanderung oder Widerspruch („exit“ oder „voice“) entscheiden. Die Politik unternimmt wenig, um die wachsende Kluft zwischen den Generationen zu überwinden.“, so die Politikwissenschaftlerin Gratius. (ebd.: 4)

6 Movimiento 15-M

Der Startschuss der landesweiten Proteste ist ein Sonntag im Mai 2011. Der 15.5.2011 (daher auch „movimiento 15-M“¹⁷) ist der Gipfel der Empörung. Die Kommunal- und Regionalwahlen sollten eine Woche später stattfinden, insofern ist dieses Datum wichtig, als es Teile der spanischen Bevölkerung nutzen um ihren Unmut über die politischen Verhältnisse auszudrücken (vgl. Kraushaar 2012: 50). Seit mittlerweile drei Jahren zieht die Weltwirtschaftskrise große Kreise über Spanien; der Unmut der BürgerInnen mit unterschiedlichem Hintergrund¹⁸ entlädt sich in Massendemonstrationen im ganzen Land. In mehr als 50 spanischen Städten werden zentrale Plätze besetzt, wobei der am medienwirksamsten im Herzen

¹⁶ Spanisch: „La generación perdida“

¹⁷ „15-M“ ist die spanische Schreibweise für den 15. Mai.

¹⁸ Insbesondere Studierende, Arbeitslose und ArbeiterInnen werden aktiv.

Madrids liegt: Der Puerta del Sol. Hier campieren Hunderte um gegen soziale Missstände und für Reformen in Spanien einzustehen. Sie werden „Los indignados“ – zu Deutsch: „Die Empörten“ genannt. Die Bezeichnung rekurriert auf der Streitschrift *Empört Euch!* Stéphane Hessel¹⁹, sie wurde seitens der nationalen und internationalen Presse aufgegriffen, da es keine anderen Bezugspunkte, kein Programm oder Führungsfiguren gab (vgl. Delclós/Viejo 2012: 92). Es fungiert zwar teilweise als Selbstbezeichnung, jedoch ist dies nicht widerspruchsfrei (denn, so die Kritik, würde Empörung Inaktivität suggerieren). *Movimiento 15M* oder auch *Spanish Revolution* sind Alternativen.

Die Themen ähneln jenen, die von arabischen Protestierenden auf die Straße getragen worden sind. Eine Reihe an Hintergründen für das Aufkeimen der Empörung ist jedoch ganz spezifisch in den wirtschaftlichen und politischen Strukturen Spaniens verankert, was sich in den Forderungen der Bewegung (siehe Kap. 6.1 „Manifest 15-M“) auch widerspiegelt.

Echte (partizipative, direkte) Demokratie ist das zentrale Anliegen der Bewegung 15-M. In Form von *asambleas*²⁰, die führungslos, selbstorganisiert und durch konsensuale Entscheidungsfindung charakterisiert sind, wird ein solches Modell auch geübt (vgl. Oikonomakis/Roos 2013: 2). Im Mikrokosmos wird praktiziert, was auf der Makroebene der Gesellschaft forciert werden soll. Wichtig ist zudem die Distanzierung der Bewegung von Politik, Autoritäten und Ideologien (ebd.), wobei dies kein neues Phänomen darstellt. Bereits zuvor traten erfolgreiche Bewegungen betont „antipolitisch“ (Azzellini 2006: 106) auf, und machten so auf die die Krise der bürgerlichen repräsentativen Demokratie und die Ablehnung der Politik aufmerksam (vgl. ebd. 105f.).

Zu Beginn der Bewegung wird eben diese Abgrenzung zu Parteien aber auch Gewerkschaften und etablierten Institutionen betont, seither ist jedoch eine Veränderung erkennbar: Die Parteigründung von Partido X oder Podemos²¹ zeigen, dass ein Teil der Bewegung doch bestrebt ist den klassischen Weg der Institutionen zu beschreiten, jedoch mit einem völlig anderen Verständnis von Politik, worauf an späterer Stelle im Rahmen der Interviewauswertung eingegangen wird. Auch werden je nach gemeinsamen Interessen Kooperationen mit beispielsweise der IU oder (Basis-)Gewerkschaften eingegangen, ohne sich jedoch von anderen vereinnahmen zu lassen; von Bedeutung ist zudem der Frente Cívico, der nicht in die Regierung möchte, aber als zivilgesellschaftliche Vereinigung

¹⁹ Französischer Intellektueller der sich in seinen Werken insbesondere an die Jugend wendet und diese dazu aufruft, einst erkämpfte Werte und Rechte aufrechtzuerhalten und Neues zu schaffen. Seine Kritik gilt dem Profitstreben und der zunehmenden Armut; Menschenrechte und Umwelt sind seine zentralen Themen (vgl. Hessel 2011; 2012)

²⁰ „Asambleas“ bedeutet „Versammlungen“; in diesen Versammlungen, die in fast allen „barrios“ (zu Deutsch: Bezirken) stattfinden, lebt die 15-M Bewegung weiter.

²¹ Podemos erzielt 9% der Stimmen bei der Europawahl 2014 und ist damit landesweit 4. stärkste Partei. (vgl. tagesspiegel.de 2014)

vermittelnd wirken kann und politische Organisierung ermöglicht (vgl. Candeias/Völpel 2014: 136ff). Die Bewegung mobilisiert demnach auf unterschiedliche Weise; Homogenität war nie ihr angestrebtes Ziel.

6.1 Manifest 15-M

Zunächst erlaubt die Selbstbeschreibung als heterogene Bewegung die potenzielle Inklusion unterschiedlichster Bevölkerungsteile (ideologisch bis unpolitisch, konservativ bis aufklärerisch). Die AkteurInnen betonen, dass sie „normale“ Menschen sind, deren Ziel es ist eine bessere Zukunft zu gestalten, was in Hinblick auf Generationengerechtigkeit jedenfalls relevant ist, denn implizit geht es um gesellschaftliche Transformation, die nachrückenden Generationen zugutekommen soll. In der gegenwärtigen Situation erscheint die Krise als Normalität (und nicht als zeitlich begrenzt), und die Zukunftsaussichten sind pessimistisch, sofern keine Änderungen stattfinden.

Gleichheit, Fortschritt, Solidarität, kulturelle Freiheit, (ökologische) Nachhaltigkeit, Entwicklung, Wohlbefinden und Glück der Menschen sind die Ideale, die prioritär für eine moderne Gesellschaft sein sollten. Die Bewegung besteht auf die Durchsetzung basaler Rechte, wie jenes auf Wohnen, Arbeit, Kultur, Gesundheit, Bildung, politische Teilhabe oder auch auf freie persönliche Entwicklung und auf Zugang zu Konsumgütern, die für ein gesundes und glückliches Leben wichtig sind. Die Regierung und das Wirtschaftssystem jedoch behindern Fortschritt. Die PolitikerInnen repräsentieren das Volk nicht, jedoch würde „Demokratie“ der Sprachherkunft nach die Herrschaft des Volkes bedeuten, dessen Teilhabe jedoch faktisch durch die Machthabenden konterkariert wird, da eine Minderheit sich auf Kosten der Mehrheit bereichert, wodurch Ungleichheit, soziale Spannungen und Ungerechtigkeiten gefördert werden, was wiederum zu Gewalt führt, die seitens der Bewegung 15-M explizit abgelehnt wird. Geldakkumulation, Ressourcenverschwendungen, die Zerstörung des Planeten, Arbeitslosigkeit und Unzufriedenheit sind die negativen Resultate der Fehlentwicklungen des Systems, das die Bedürfnisse der Mehrheit missachtet, weswegen in der Zukunft nicht ein abstraktes Wirtschaftssystem dominieren soll, das nur einer Minderheit Vorteile bringt²². Eine ethische Revolution wird als notwendig erachtet. Geld müsse

²²Übereinstimmend hiermit ist Luhmanns Feststellung, dass das System Politik auf Machterhalt fokussiert ist: 15M kritisiert eben das auf Machterhalt orientierte Agieren des Zweierteiensystems; und das Wirtschaftssystem auf die Vermehrung von Geld, da dies den spezifischen Logiken der Systeme entspricht; diese Einschätzungen finden sich auch im Manifest. Auch Marx hat festgestellt dass der Kapitalist nur handeln kann wie ihm die kapitalistische Produktionsweise zu Handeln erlaubt, so wie er auch prophezeite dass der Kapitalismus seine eigenen Grundlagen zerstört. Ebendies ist der Kritik der 15-M nahe.

wieder im Dienst der Menschen – die nicht als Produkte zu behandeln sind – stehen.

Am Schluss des Manifests empört man sich über die sozialen Missstände, jedoch glaubt man auch an eine mögliche Veränderung und an die eigene Fähigkeit, anderen helfen zu können (was als Selbstermächtigung gelesen werden kann), infolge gemeinschaftlichen Handelns (Solidarität). „Geht auf die Straße und fordert euer Recht ein.“, so der Appell.

Beispiele für konkrete Forderungen sind die Beschneidung der Privilegien von PolitikerInnen, eine Reform des Arbeitsmarktes bzw. Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, die Durchsetzung des Rechts auf Wohnen, qualitativ hochwertige öffentliche Leistungen, die Regulierung der Banken, eine Steuerreform, der Schutz bürgerlicher Freiheiten sowie eine Reduktion der Militärausgaben (vgl. Hughes 2011: 412; Delclós/Viejo 2012: 96; Klein Bosquet 2012: 90ff). Die Ansprüche, wie sie im Manifest von DRY präsentiert sind, wurden von Arbeitsgruppen der Bewegung 15-M um einige Themenbereiche erweitert und überarbeitet (vgl. Delclós/Viejo 2012: 97). Die reformulierten Punkte wurden nach einem Jahr präzisiert und fokussieren auf fünf Kernthemen, hierzu zählen die Beendung der Bankenrettungen, die Sorge um die Qualität der öffentlichen Gesundheitsleistungen und Bildung, das Recht auf angemessenes Wohnen, die Abschaffung der prekären Arbeitsverhältnisse (Ablehnung der Arbeitsreform der Regierung) sowie auf die Forderung eines Grundeinkommens (vgl. ebd.), wobei insbesondere die mit den Themen Bildung, Gesundheit und Arbeit verbundenen Probleme ein enormes Mobilisierungspotenzial aufweisen (Generalstreiks, Besetzung von Spitäler etc., vgl. ebd.). Während das Thema Bankenrettung an Popularität zugenommen hat, erreicht das Thema Grundeinkommen nicht die Aufmerksamkeit einer breiten Öffentlichkeit (was wohl damit zusammenhängt, dass es von Massenmedien kaum beachtet wurde).

Dass die Überlegungen durchaus weitreichend sind, zeigt beispielsweise die detailliertere Auflistung von 25 Forderungen – gedacht als Diskussionsgrundlage, die durchaus auch Lösungsvorschläge und alternative Ansätze offerieren – wie sie Valesco (2011: 35-77) beschreibt; sie beziehen sich auf Politik, ökonomische Lösungsansätze, Bildung und auf Risiken, die auch auf globaler Ebene zu lokalisieren sind. Ziel ist jedenfalls ein Wandel des Polit- und Finanzsystems, wobei neben der nationalen auch die globale Ebene als bedeutsam erachtet wird (vgl. Sánchez 2011: 12). Dem Vorwurf der unzureichenden Präzision der Anliegen und ausbleibenden Skizzierung der Wege, die die Umsetzung beschreiben, sei entgegengehalten, dass Ergebnisse immer offen sind („kontingent“ nach Luhmann).

Der Politikwissenschaftler Hirsch formuliert treffend: „Eine Selbstveränderung der Zivilgesellschaft hätte (...) an der unmittelbaren Lebenspraxis anzusetzen“ (Hirsch 2006: 98). Die Bewegung 15-M konturiert,

in welche Richtung Transformationsprozesse gehen könnten ohne rigide Vorgaben zu machen. Da sie sich selbst als heterogen versteht und Offenheit fordert, ist dies durchaus konsequent. Die Themen und Forderungen der Indignados polarisieren und ermöglichen eine Zuordnung zur Bewegung.

Von Interesse ist darüber hinaus – und dies ist wohl dem Bereich der *commitments* (Bindungen) nach Luhmann zuzuordnen – dass die intensive Zusammenarbeit der TeilnehmerInnen zu Solidarität führte, ohne welche die Kontinuität des Protests, der mittels diverser Aktionen realisiert wurde, nicht möglich gewesen wäre (vgl. Hughes 2011: 412). Wir können die Forderungen und Ziele als eine gewünschte Radikalisierung von Demokratie deuten, als eine intendierte Ausweitung demokratischer Prozesse auf immer mehr und diverse gesellschaftliche Bereiche (vgl. hierzu Azzellini 107 in Anlehnung an Ernesto Laclau und Chantal Mouffe).

7 Empirie

Obgleich sie einen wichtigen Rahmen zur Einbettung der Geschehnisse gibt, greift eine rein theoretische Sicht auf Protestbewegungen zu kurz: Die AkteurInnen befinden sich in einem dynamischen Lebenskontext, sind mit Medien und Machthabern konfrontiert und ständig auf der Suche nach neuen Erklärungsmustern für sich und ihre protestierende Umwelt. Daher ist es notwendig, den aktuellsten Gedanken der AktivistInnen selbst Raum zu geben. Latente Denkmuster können erst durch das Gespräch bzw. die Beobachtung ermittelt werden. Vier Interviews dienten daher als Grundlage der qualitativen Analyse. Ergänzt werden diese mit den Beobachtungen, die in Folge der Begehung sozialer Zentren (sogenannten „besetzten Häusern“ – „Casas Okupas“) im Herzen von Madrid gemacht wurden.

7.1 Methodik

Die Erhebung folgte einer zyklischen Vorgangsweise nach Froschauer/Lueger (2003). Nach dem ersten Interview wurde eine Analyse der Inhalte vorgenommen und danach entschieden, welche Themenbereiche in den folgenden Interviews noch abgedeckt werden müssen. Nach vier Interviews wurde die theoretische Sättigung²³ erreicht.

Den Gesprächseinstieg bildete eine erzählgenerierende Frage; der Gesprächsverlauf passte sich den erwähnten Themen der GesprächspartnerInnen²⁴ an. Somit bestimmten zum größten Teil die

²³Theoretische Sättigung = Im Bereich der Qualitativen Sozialforschung formuliertes Ziel (auch als Gütekriterium zu denken): Der untersuchte Gegenstandsbereich (...) soll so weit erschlossen werden, dass (auch durch neue Daten) keine neuen Erkenntnisse mehr erwartet werden können. (vgl. ILMES 1999)

²⁴ Die GesprächspartnerInnen sind zwischen 21 und 35 Jahre alt.

Befragten selbst den Inhalt des Gesprächs. Alle Interviews wurden auf Spanisch geführt, mit einem Diktiergerät aufgenommen und anschließend nach den Richtlinien der Gesprächstranskription nach Froschauer/Lueger (2003) wortwörtlich verschriftlicht. Die Interviews werden in Folge mit „IV1“ – „IV4“ abgekürzt; die deutsche Übersetzung der jeweiligen Zitate haben die Autorinnen selbst vorgenommen.

Die Auswertung der Ergebnisse basiert auf der Themenanalyse nach Froschauer/Lueger (2003). Diese ermöglicht es, einen „Überblick über Themen zu verschaffen, sie in ihren Kernaussagen zusammenzufassen und den Kontext ihres Auftretens zu erkunden.“ (Froschauer/Lueger 2003: 158) Zusätzlich lassen wir unsere Forschungsnotizen und Feldbeobachtungen in die Ergebnisdarstellung einfließen.

7.2 Ergebnisdarstellung

„15-M“ fragt sich: Wer sind wir?

Die 15-M Bewegung ist keineswegs ein abgeschlossenes Ereignis mit Start- und Endpunkt, sie ist „kein Gegenstand, sondern ein soziales Werkzeug“ (IV3: Z.8) und verändert sich ebenso wie ihre Umwelt; ihre Anpassungsleistung ist ihre Stärke. Es ist ein neues übergenerationelles Gedankengut auszumachen, das von Jung auf Alt übertragen wurde. „Wir befinden uns an einem Punkt, wo auch unsere Eltern beginnen, ihre Einstellungen, ihre Denkweisen zu hinterfragen. Sie verändern sich aufgrund unserer neuen Erfahrungen.“ (IV1: Z.595-598) Die Elterngeneration tritt in den Handlungsraum der Kinder.

Unter den AktivistInnen entwickelt sich ein „wir“-Gefühl: In den Interviewtranskripten sucht man vergeblich nach einem „Ich“. Ständig ist die Rede von „wir wollen eine echte Demokratie“ (IV1: 95) oder „wir wollen ein gerechteres Land“ (IV1: Z.752). Die Identitätsarbeit basiert u.a. auch auf der Abgrenzung zu anderen, was bedeutet, dass die „Feinde“ klar definiert sind.

Ein erklärter Feind ist die Regierung bzw. die gegenwärtige Politik; die verbreitete Korruption und die Inkompetenz der PolitikerInnen, welche die fatalen Auswirkungen der Krise nicht abzumildern vermochten, werden von den GesprächspartnerInnen angesprochen. Den einigen wenigen MachthaberInnen stehen viele, einflusslose BürgerInnen gegenüber. Ein gängiger Protestslogan lautet: „Wir sind die 99%.“ (IV1: Z.725) Damit möchte man mehr Partizipationsrecht einfordern und gleichzeitig hierarchische Strukturen auflösen.

Innerhalb der 15-M Bewegung versucht man der Hierarchie entgegenzuwirken: „Alles war horizontal. Wir waren alle gleich.“ (IV1: 173) Als ein gelebtes Beispiel partizipativer Demokratie können die „asambleas“ interpretiert werden. Sie stehen im Gegensatz zu den hierarchisch

geprägten politischen Parteien, die ihre Positionen absichern und die eigenen sowie Wirtschaftsinteressen vertreten, die Bedürfnisse der Bevölkerung jedoch ignorieren. Gemeinsam kämpft man als heterogene Bewegung für mehr soziale Gerechtigkeit.

Ein weiteres Feindbild ist die Europäische Union. Man gehöre de facto nicht dazu: „Europa ist Österreich, Belgien, Luxemburg, Deutschland und dann kommt die Peripherie.“ (IV2: Z.568f) In einem kapitalistischen System müssten es immer zwei schlecht haben, damit es Einer gut habe (vgl. IV2); die südlichen Länder Europas seien jene, die es schlecht hätten. Die Solidarisierung mit den südlichen Ländern äußert sich so: „Wir sind Erben der arabischen Revolution, des arabischen Frühlings.“ (IV1: 215f) Sie wären genauso wenig inkludiert in die Europäische Union wie sie selbst; außerdem ginge es um dieselben Fragen²⁵. Eine grenzübergreifende Solidarisierung fand mit anderen sozialen Bewegungen statt: „Bei vielen Versammlungen machten wir Liveübertragungen mit Ägypten, Tunesien, mit Occupy Wallstreet oder Griechenland. Sie motivierten uns.“ (IV1: 220-222) Gemeinsam bekräftigt man sich, aktiv und präsent nach außen hin zu bleiben.

Die Medien²⁶ tragen hingegen wenig zu einer positiven Außenwahrnehmung der 15-M Bewegung bei. Des Öfteren berichtet man über gewaltbereite AktivistInnen, über sogenannte „Freaks“, die auf den Straßen herumlungern: „Die Medien schrieben uns zu, dass wir Freaks wären, dass wir gewalttätig wären, dass wir nicht arbeiten wollten, dass wir nicht studieren wollten.“ (IV1: Z.786f) Schon vor dem 15. Mai 2011 gab es bereits die Generationenbezeichnung „ni-ni“²⁷, also jene junge Menschen, die weder studieren, noch arbeiten (wollen). Das sei nun vorbei, denn 15-M hat gezeigt, dass die „generación perdida“ keine untätige Masse ist: „Wir wissen jetzt, dass wir den Großteil der Leute auf unserer Seite haben.“ (IV1: Z.907f). Die Solidarität seitens der spanischen Bevölkerung ist enorm, obgleich die massenmediale Berichterstattung sowie die Darstellung politischer Elite die Bewegung 15-M zu diskreditieren und delegitimieren versuchen. Die Ablehnung von Gewalt und die wechselseitige Hilfe(unabhängig von Status, Herkunft, etc.) der 15-M Bewegung zeigen jedoch, dass diese Bilder nicht der Realität entsprechen.

²⁵ Welche Fragen das sind, wird in den Interviews nicht konkretisiert. Die Theorie nennt u.a. dazu: Mehr Partizipation, berufliche Perspektivenlosigkeit oder soziale Deprivation (vgl. Kraushaar 2012).

²⁶ Denen politische Abhängigkeit zugesprochen wird (vgl. IV1 und IV2).

²⁷ „Ni-ni“ steht für: „Ni estudiar, ni trabajar.“ („Weder studieren noch arbeiten.“) Eine weitere abwertende Bezeichnung ist „perro flautas“; sogenannte Taugenichts, die mit ihrem Hund auf der Straße stehen und Flöte spielen (siehe auch „yayo flautas“ weiter unten).

Mehrere Hausbegehungen²⁸ machten uns darauf aufmerksam, dass Identitätsbildung des Weiteren auch durch nicht beabsichtigte Handlungen entstehen kann: Die nicht selten gewordenen Hauseinnahmen der sozialen Zentren Madrids tragen dazu bei, dass sich die AktivistInnen noch stärker vernetzen und koordinieren. Es entwickelt sich eine starke Solidarität innerhalb der Community. Wird ein Zentrum geräumt, besteht die Gemeinschaft andererorts weiter und setzt ihre Arbeit fort. Arbeit, deren Erfolg man nicht an materiellen Kennzahlen messen kann: „Patio Maravillas hat einen Systemriss verursacht, denn jetzt entstehen viele Kollektive und Aktivitäten. Wir haben das Bewusstsein der Nachbarschaft geweckt, das Zentrum ist ein Referenzpunkt.“ (IV3: Z.75-77) Die Gründe für die Hauseinnahmen sind den AktivistInnen durchaus bewusst: „Das Privateigentum in dieser kapitalistischen Welt ist eines der wichtigsten Säulen und wir hinterfragen es.“ (IV3: 100f) Die Regierung möchte ihnen das Recht auf Protest und Bewegung nehmen, deshalb sei es auch gegen eine Kollektivierung in den besetzten Häusern. Hier lässt sich anschaulich erkennen, wie generelle Systemkritik geübt und den Defiziten der Gesellschaft mit konkreten Alternativen (Hausbesetzungen als Rückeroberung öffentlichen Raumes) begegnet wird. Darüber hinaus zeigt das restriktive Vorgehen der Exekutive, wie schwer es ist bestehende Strukturen zu ändern. Was als legitim erachtet wird, hat sich in den letzten Jahren angesichts der sozialen Notlagen und der Hilfe zur Selbsthilfe radikal verändert.

[„15-M“ fragt sich: In welchem System leben wir?](#)

Der Slogan „Sie vertreten uns nicht“ („No nos representan“) ist einer der meist wiederholten während der Besetzung der Puerta del Sol. „Wie auf einem anderen Planeten“ (IV1: 233) erscheint der Zivilgesellschaft die aktuelle Politik. Die Vorstellung einer repräsentativen Demokratie, wie sie die Regierung Spaniens lebt, gleicht sich nicht mit jener der AktivistInnen: „In erster Linie gibt es Kritik gegen das Modell der repräsentativen Demokratie, wo du alle vier Jahre eine Partei wählst, was einem leeren Stimmzettel entspricht, damit sie im Endeffekt tun können, was ihnen beliebt.“ (IV4: Z.218-221) Das Zweiparteiensystem („el bipartidismo“) schränkt die Souveränität der Bevölkerung ein. „Gerechtigkeit für mich? Wenn man der spanischen Bevölkerung ihre Souveränität zurückgäbe, oder besser gesagt, wenn wir sie erlangen würden, wir hätten sie ja nie. Die spanische Bevölkerung hatte nie Souveränität.“ (IV2: 671-673), wiederholt ein Interviewpartner gleich vier Mal. Die kurze Zeitspanne der Republik (zwischen 1931 und 1936) wäre das Maximum an Demokratie gewesen, das die Spanische Gesellschaft je erlebt hätte.

²⁸In den sozialen Zentren „Patio Maravillas“, „La Quimera“ und „La Tabacalera“ (alle befinden sich im Zentrum Madrids).

Das heute vorherrschende Zweiparteiensystem scheint allmählich hinterfragt zu werden. Den Grund sehen die jungen InterviewpartnerInnen in der Annäherung der Generationen: „Sie [die Elterngeneration, M.H./M.T.] bewegen sich immer mehr auf unserem Boden, ein Beweis dafür ist das Zerbröckeln des Zweiparteiensystems.“ (IV1: Z.599-601)

Die neu gegründete Partei „Podemos“ möchte eine Alternative zum bestehenden System sein und spricht sich somit auch gegen den „Bipartidismo“ aus: „Das sind interessante Entwicklungen, denn *Podemos* bedroht tatsächlich ökonomische Eliten (...) und das Zweiparteiensystem.“ (IV1: 320f) Vom politischen Standpunkt her ist sie der *Izquierda Unida* (IU) ähnlich, jedoch wählen innerhalb der IU nur parteiinterne Personen ihre RepräsentantInnen. In *Podemos* kann jeder wählen: „Du kannst dich auf der Homepage einloggen und deinen Favoriten wählen. Obwohl du keine Spanierin bist, kannst du trotzdem wählen.“ (IV2: 513f) Die Partei scheint den jungen SpanierInnen große Hoffnung zu geben: „Wir sind wirklich sehr euphorisch mit *Podemos*.“ (IV1: 331f) Allerdings möchte man nicht „einer von vielen sein. Wir möchten in Institutionen eindringen wie ein Trojanisches Pferd. (...) wir möchten von Innen das System verändern.“ (IV1: Z.379f) Als direktes Ventil der 15-M Bewegung, verfolge *Podemos* weiterhin einen antikapitalistischen Gedanken: Es nimmt keine Bankenfinanzierung entgegen. „Anders würde es keinen Sinn machen. Wenn du voll und ganz in das System eindringst, dann kannst du es nicht ändern.“ (IV1: Z.440) Der große Zuspruch bei den Europaparlamentswahlen im Mai 2014 (5 Sitze; 1,2 Mio. Stimmen) ist jedenfalls generationenübergreifend.

In einem Punkt – so die GesprächspartnerInnen – unterscheiden sich die Generationen weiterhin: „Die heutige Bevölkerung spricht über Politik, in den Straßen spricht man über Politik, die Leute treffen sich auf öffentlichen Plätzen und sprechen über Politik.“ (IV2: Z.717f) Dieser Umstand scheint ein neues Phänomen (teils ausgelöst durch soziale Bewegungen) zu sein. Früher, so die Schilderung eines Interviewpartners, galt: „Am Tisch spricht man nicht über Politik.“ (IV2: Z.721) Die nicht vorhandene Meinungsfreiheit zur Zeit der Diktatur habe große Angst gegenüber vermeintlich „falschen“ politischen Gesinnungen ausgelöst. Großeltern haben das Thema nicht angeschnitten, aus Furcht verhaftet oder gar ermordet zu werden. Das Verhalten habe sich unhinterfragt an die nächste Generation (die „Elterngeneration“) weitergegeben. Nun sieht sich die dritte Generation als jene, die das Schweigen bricht. Die 15-M Bewegung habe dazu beigetragen, diesen Schritt in Richtung Partizipation zu wagen. „Wir hatten das große Glück der 15-M Bewegung.“ (IV2: Z.737) meint ein Aktivist. „Das ist das erste Mal in der Geschichte, dass eine Demokratie entsteht, dass man alles hier hinterfragt, weil die Leute sich nicht repräsentiert fühlen.“ (IV2: Z.52-54) „Wir wollen politische Akteure und Protagonisten eines Umbruchs sein, der Gegenwart und der Zukunft.“ (IV1: 236f) Angst hätten die jungen Leute von heute nicht mehr, denn Angst lähme. Außerdem ist man sich einig: „Wir befinden uns in

einem Kontext ohne Zukunft. Und wenn es keine Zukunft gibt, brauchen wir uns nicht fürchten vor Veränderungen.“ (IV1: Z.618f)

„15-M“ fragt sich: Was tun wir hier?

Veränderungen sind nicht nur in der politischen Landschaft zu erkennen, sondern auch in der Soziodemographie: Immer mehr junge Leute wandern aus und versuchen ihr Glück im Ausland, was die junge Bevölkerung kaum überrascht: „Wir sind die erste Generation, die ein wenig schlechter lebt als unsere Eltern.“ (IV2: Z.72f) Vor genau zehn Jahren protestierten Jugendliche für mehr Einkommensgerechtigkeit: „Wir sind auf die Straße gegangen, weil wir nicht nur 1000 Euro verdienen wollten. Heute verdient keiner mehr 1000 Euro.“ (IV2: Z.555f) Derartige Forderungen muten heute utopisch an. Die finanzielle Lage der Jugendlichen wird noch zusätzlich verschärft, durch Kürzungen der Sozialausgaben. Dies hätte zu sozialen Unruhen führen müssen, zu einer regelrechten Explosion.

Die Eltern- und GroßelternGeneration hätte bereits resigniert; zumindest was die Annahme einer „Parallelwelt“ zwischen Politik und Gesellschaft betrifft. Jahrelang hätte man sich nicht eingemischt ins politische Geschehen, daher sah man auch kein Potential in Protestaktionen. Dann gab es diesen „Klick“ („el clic“) (vgl. IV1), ein generationenübergreifendes Umdenken. Aktuelle soziale Bewegungen zählen nun mit neuen AkteurInnen: Die „Yayo Flautas²⁹“ sind ein Beispiel für eine pensionierte Personengruppe, die systemkritisch agiert und u.a. Flashmobs vor Banken veranstaltete. „Das sind ältere Leute, also einige sind schon in Pension, andere sind ältere Arbeitslose, also ohne Arbeit weil sie mit 50 gekündigt wurden.“ (IV4: Z.246-248) Diese Personengruppen sei sehr aktiv gewesen in der Bewegung: „Sie haben sich in unsere Position versetzt. (...) Sie sind an vielen Aktionen beteiligt und unterstützen uns.“ (IV1: 841-843) Außerdem wird ihnen angeheftet, dass sie sehr stolz auf die nachrückende Generation seien (vgl. IV1).

Einen gravierenden Unterschied zur Lebenssituation der Elterngeneration, sehen die Jungen in der Nutzung neuer sozialer Medien. Radio und Printmedien wird grundsätzlich misstraut („Unsere Eltern glaubten den Eliten. Die einflussreichsten Medien waren schließlich Radio oder Fernseher.“ IV1: Z.539f), heute greife man eher auf alternative Medien zurück, die parteifern agieren³⁰. Der Unterschied heute besteht darin, dass wir uns unsere eigenen Ideen und Gedanken machen, wir haben mehrere Möglichkeiten aus denen wir wählen können.“ (IV1: Z.556f) Die junge Generation suche spezifischer nach Informationen und hätte einen

²⁹ „Yayo Flautas“ ist eine Parodie auf die von den Medien kreierte, abschätzige Bezeichnung der jungen AktivistInnen als „Perro Flautas“ (in etwa: „Flötespielende Hippies mit Hund“).

³⁰ Die Bewegung selbst hat eine Zeitung herausgebracht: „madrid 15m“ (erscheint monatlich).

selbstbestimmteren Umgang. Eine Überbetonung der neuen Medien wünscht man sich aber nicht (vgl. IV4), schließlich zeigte sich die Empörung am eindrucksvollsten über die physische Präsenz am Puerta del Sol. Eher ist die Verbindung von physischer und virtueller Präsenz der AktivistInnen wertvoll.

Nun, was tut die „generación perdida“ nach wie vor in einem Land, in dem es kaum Zukunftsperspektiven gibt? Sie fordert Umbrüche. Umbrüche, die nicht schleichend von statten gehen, sondern solche, die radikal passieren. Viel zu lange habe man geschlafen.

8 Conclusio

15-M ist bunt. Ihr Farbenreichtum besteht aus neuen AkteurInnen, Aktionsformen und Forderungen an Wirtschaft und Politik.

Die Bewegung möchte *sozialen Wandel* herbeiführen, denn die aktuelle Finanzkrise hat die herrschende Ungleichheit im Land noch verstärkt (z.B. Verteilung der Krisenkosten). Die Krise hat aber keineswegs nur Resignation mit sich gebracht: Die Selbstorganisierung der Gesellschaft wurde forciert, widerständige Praxen entwickelt und eine Gegengesellschaft aufgebaut.

Was ist neu, worin liegt die Besonderheit der Bewegung 15-M?

Nach Luhmann ist Risikoaversion ein Spezifikum sozialer Bewegungen jüngerer Datums. Die Forderungen nach richtiger/partizipativer Demokratie und die Ablehnung der repräsentativen Demokratie verweisen darauf, dass die Teilhabe an Entscheidungen eingefordert wird. Man möchte nicht Opfer der riskanten Entscheidungen anderer werden, sondern selbst gestaltend wirken.

Die kollektive Entscheidungsfindung in den *asambleas* kann als Experimentierfeld auf Mikroebene dessen gesehen werden, was als Teilhabe aller (auf Makroebene der Gesellschaft) verstanden wird.

Doch während Luhmann behauptete, dass Protestbewegungen keine Theorie anzubieten haben und Verhältnisse plattschlagen, sehen wir doch das Bemühen der „*Indignados*“, auch komplexe Themenbereiche zu behandeln und zu verändern. Sie stellen sich der Herausforderung, gemeinsam (als Kollektiv) zu überlegen, wie eine gerechte Gesellschaft imaginiert werden kann, und wie dies zu erreichen ist – stets bemüht die Horizontalität und Vielfalt der Bewegung zu wahren.³¹ Werte rücken wieder in den Fokus und auch die Frage „wie man die Einstellungen, Voraussetzungen und Charaktereigenschaften kultiviert, die in einer guten Gesellschaft wünschenswert sind“ (Sandel 2013: 15). Sofern berücksichtigt wird, wie weitreichend die Folgen von Handlungen sein können, legen die AktivistInnen darauf Wert, dass zukünftige Generationen nicht schlechter gestellt werden.

Wie die Datenauswertung gezeigt hat, gibt es eine generationenübergreifende Solidarisierung. Ältere Personen gehen mit jüngeren auf die Straße; sie kooperieren miteinander und vernetzen sich. Die Gemeinsamkeit der Generationen scheint in den prekären Arbeits- und Lebensbedingungen (Gefährdung durch Armut und Exklusion) zu liegen; die

³¹ Was zum Teil auch mit Schwierigkeiten in der Entscheidungsfindung behaftet ist und nicht romantisiert werden soll; es ist ihr Verdienst diese Probleme sichtbar zu machen und nicht zu leugnen.

solidarischen Erfahrungen erlauben Alternativen anzudenken und umzusetzen.

Solche Alternativen sind z.B. die Verlagerung der Zusammenkünfte an der Puerta del Sol in einzelne Bezirke von Madrid. Dort diskutiert man in nachbarschaftlichen Initiativen und Versammlungen (*asambleas*) weiterhin lokale und globale Anliegen. 15-M hat sich somit nicht aufgelöst, sondern dezentralisiert. Diese *Asambleas* werden deshalb als gerecht angesehen, weil sie basisdemokratisch und horizontal funktionieren.

Wichtige Orte des Austausches sind nun soziale Zentren. Sogenannte „casas okupas“ erleben eine Revitalisierung. Jung und Alt sehen in diesen Häusern nicht nur einen Referenzpunkt, sondern auch einen Ort für Identitätsbildung. Hier möchte man einen antikapitalistischen Lebensstil an den Tag legen (z.B. durch gratis Kleiderausgabe, kostenlose Kurse, ...). Außerdem wird durch die Besetzung das Privateigentum hinterfragt; was einst *illegitim* erschien, ist für AktivistInnen heute *gerecht* geworden. Der regionalen Politik sind solche Häuser freilich ein Dorn im Auge. Die Bewegung aber, die verstaubte politische Strukturen kritisiert, hält sich an folgenden Gedanken: Was bestehende Institutionen nicht einlösen können, machen wir selbst³²; und erfüllt mit den *casas okupas* eine soziale Funktion.

15-M zeigt sich also vorerst sehr distanziert politischen Institutionen gegenüber. Der Aufruf zur Puerta del Sol zu kommen richtete sich an die Allgemeinheit; jeder war willkommen, jedoch durfte man seine politische Gesinnung nicht nach außen tragen. Man solle kommen als „normaler Mensch“ (vgl. IV1). Jüngste Entwicklungen haben aber gezeigt, dass aus 15-M eine durchaus einflussreiche Partei hervorgegangen ist: *Podemos*. Der Weg in die Politik ist also doch beschritten worden, jedoch unter einem anderen, scheinbar gerechteren Vorzeichen, wie es die internen Strukturen von *Podemos* veranschaulichen.

Was sowohl 15-M als auch in späterer Folge *Podemos* verfolgt, ist die Verteidigung unterschiedlicher Kapitalformen: Menschliches Kapital wie Gesundheit und Bildung, soziales Kapital wie Solidarität und Werte, aber auch natürliches Kapital möchte man erhalten. Die nachrückende Generation (siehe Interviews 1-4) fordert Gerechtigkeit ein, die sie momentan nicht gegeben sieht. Weder sieht sie ihre eigene Chance, noch die *Chancen zukünftiger Generationen auf Bedürfnisbefriedigung* als realistische Möglichkeit; sofern es nicht zu einer Systemänderung komme, die die Ungleichheit und Ungerechtigkeit hervorgebracht hat. Im direkten Generationenvergleich sehen sie sich schlechter gestellt, da sie ohne Zukunftsperspektiven sind. Gegenwärtig ist von *Generationengerechtigkeit* wohl nicht zu sprechen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass zwischen den

³² Insofern werden Änderungswünsche nicht nur an andere adressiert, wie Luhmann dies beschrieb, sondern durch die AkteurInnen verwirklicht.

Generationen Konflikte aufkommen; zumal die Bewegung auch für ältere Generationen ein würdevolles Leben fordert.

Ganz im Gegenteil: Wir sehen eine Annäherung der Generationen. Die jüngere (nachrückende) Generation hat sich erhoben, um zu sagen: Es geht auch anders! Oder auch: Wir haben keine Angst vor Umbrüchen! Ein Umstand, der für die älteren Generationen (vorerst) undenkbar war; wollte man doch das Wenige, das man hat, nicht auch noch verlieren. Ein Gedanke, der bei den heute jungen SpanierInnen nicht mehr nachvollziehbar ist: Erstmals lebt man schlechter als die Generation zuvor; das Reziprozitätsprinzip ist verletzt.

Als Resultat vollzieht sich folgendes Phänomen: Die ältere Generation bekommt einen Denkanstoß, dass das woran sie jahrelang nicht rütteln mochte, gar nicht felsenfest und unhinterfragbar ist. Ein System, das vormals als unveränderlich angesehen wurde, gerät ins Wanken. Dafür hat sie die jüngere Generation sensibilisiert.

15-M zeigt vor, wie eine bunte Bewegung ein graues System überpinselt.

9 Literaturverzeichnis

Abellán, Jacobo, Sequera, Jorge, Janoschka, Michael, 2012: Occupying the #Hotelmadrid: A Laboratory for Urban Resistance. In: Social Movement Studies. Vol.11, Nos.3-4, pp. 320-326.

Asensi, Cristina, 2014: Die Rückkehr der Politik durch den Kampf für Grundbedürfnisse: Der Fall der Bewegung gegen Deregulierungen in Spanien. In: Kurswechsel 01/2014, pp. 62-70.

Azzellini, Dario, 1996: Krise der Repräsentation- Ablehnung der Politik. In: Marchart, Oliver/Weinzierl, Rupert (Hg.): Stand der Bewegung? Protest, Globalisierung, Demokratie- eine Bestandsaufnahme. Münster: Westfälisches Dampfboot, pp. 105-114.

Bergmann, Werner, 1987: Was bewegt die soziale Bewegung? Überlegung zur Selbstkonstitution der neuen sozialen Bewegungen. In: Baecker, Dirk u.a. (Hg.): Theorie als Passion. Niklas Luhmann zum 60. Geburtstag. Frankfurt am Main: Suhrkamp, pp. 362 – 393.

Brickner, Irene (2013): Amnesty: Soziale Mindeststandards in EU bedroht. In: der Standard vom 23.05.2013.

Cabrera, Elena, 2013: La familia española se desmorona por culpa de la crisis. In: http://www.eldiario.es/sociedad/familia-espanola-desbordada-crisis_0_184432214.html (zuletzt: 13.08.2014)

Candeias, Maria, Völpel, Eva, 2014: Plätze sichern! ReOrganisierung der Linken in der Krise. Zur Lernfähigkeit des Mosaiks in den USA, Spanien und Griechenland. Hamburg: VSA.

Castañeda, Ernesto, 2012: The Indignados of Spain: A Precedent to Occupy Wall Street. In: Social Movement Studies: Journal of Social, Cultural and Political Protest. Routledge, pp. 309-319.

Datosmacro.com, 2013: Espana – Natalidad. Desciende la tasa de natalidad en Espana en 2013. <http://www.datosmacro.com/demografia/natalidad/espana> (zuletzt: 24.09.2014)

Delclós, Carlos, Viejo, Raimundo, 2012: Spain's Indignados and the Political Agenda. In: Policy & Practice: A Development Education Review, pp: 92-100.

Dolado, Juan, Jansen, Marcel, et al., 2013: Youth Labour Market Performance in Spain and its Determinants – A Micro Level Perspective. In: <http://www.oecd.org/officialdocuments/publicdisplaydocumentpdf/?code=ECO/WKP%282013%2931&docLanguage=En> (zuletzt: 13.08.2014)

Europapress.eu, 2014: UGT, CCOO y SU convocan una huelga general en Torrelavega el 18 de julio. <http://www.europapress.es/cantabria/noticia-ugt-ccoo-convocan-huelga-general-torrelavega-18-julio-20140709210314.html> (zuletzt: 28.08.2014)

Format.at, 2012: Pensionssystem: Spanien zieht die Reißleine. In: <http://www.format.at/articles/1240/931/343143/pensionssystem-spanien-reissleine> (zuletzt: 14.08.2014)

Froschauer, Ulrike, Lueger, Manfred, 2003: Das qualitative Interview. Zur Praxis interpretativer Analysen sozialer Systeme. Wien: Facultas, WUV.

Gratius, Susanne,2013: Wirtschaftskrise und politischer Wandel in Spanien. In:http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2013A34_grt.pdf (zuletzt: 13.08.2014)

Hellmann, Kai-Uwe, 1996: Einleitung. In: ders. (Hg.) Protest. Systemtheorie und Protestbewegungen. Frankfurt am Main: Suhrkamp, pp. 7-45.

Hessel, Stéphane, 2011: Empört Euch! 15.Aufl., Berlin: Ullstein.

Hessel, Stéphane, 2012: Engagiert Euch! 5.Aufl., Berlin: Ullstein.

Hirsch, Joachim, 2006: Soziale Bewegungen in demokratietheoretischer Perspektive. In: Marchart, Oliver/Weinzierl, Rupert (Hg.): Stand der Bewegung? Protest, Globalisierung, Demokratie- eine Bestandsaufnahme. Münster: WestfälischesDampfboot, pp. 88-104.

Hughes, Neil, 2011: „Young People Took to the Streets and all of a Sudden all of the Political Parties got old“: The 15M Movement in Spain. In: Social Movement Studies: Journal of Social, Cultural and Political Protest. Routledge, pp. 407-413.

ILMES 1999: Internetlexikon der Methoden der empirischen Sozialforschung. http://wlm.userweb.mwn.de/ein_voll.htm (zuletzt: 24.09.2014)

ISSA (IVSS, Internationale Vereinigung für soziale Sicherheit), 2011: Länderfallstudie zur Krise: Spanien. In:<http://www.issa.int/details?uuid=318a5a32-4997-440c-a694-b79ac5fae462> (zuletzt: 13.08.2014)

Janoschka, Michael, Sequera, Jorge, 2011: Zur symbolischen Rückeroberung und Politisierung des öffentlichen Raums. Eine Analyse der Raumpolitiken des movimiento 15-M. In: Prokla. Westfälisches Dampfboot, Heft 166, 42.Jg. 2011, Nr.1, pp. 151-162.

Kempf, Raphaël (2012): Mit Tee und Empathie. Eine Reise durch die Protestcamps von London bis Santiago de Chile. In: *Le Monde diplomatique*. Deutsche Ausgabe. 05/18. Jahrgang 2012, pp. 18-19.

Kern, Thomas, 2008: Soziale Bewegungen. Ursachen, Wirkungen, Mechanismen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Klein Bosquet, Oliver, 2012: El Movimiento de los Indignados: desde España a Estados Unidos. *El Cotidiano (Online)* 2012, (Mayo-Junio). <http://www.redalyc.org/articulo.oa?id=32523131010> (zuletzt: 25.09.2014)

Kneer Georg, Nassehi, Armin, 2000: Niklas Luhmanns Theorie sozialer Systeme. Eine Einführung. 4.unveränderte Aufl. Stuttgart: UTB.

Koehler, Holm-Deltlev, 2010: Spanien in Zeiten der globalen Weltwirtschaftskrise. In:<http://www.bpb.de/apuz/32536/spanien-in-zeiten-der-globalen-wirtschaftskrise?p=all> (zuletzt: 13.08.2014)

Kraushaar, Wolfgang, 2012: Der Aufruhr der Ausgebildeten. Vom Arabischen Frühling zur Occupy-Bewegung. Hamburg: Hamburger Edition.

Kreiß, Christian, 2007: Spanien vor Finanzkrise. In:<http://observanteyez.bplaced.net/documents/1.9-Spanien-vor-Finanzkrise-Wist1.pdf> (zuletzt: 13.08.2014)

Lopez, Isidro, Rodriguez, Emmanuel, 2011: The Spanish Model. In: <http://newleftreview.org/II/69/isidro-lopez-emmanuel-rodriguez-the-spanish-model> (zuletzt: 13.08.2014)

Luhmann, Niklas, 1984: Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Luhmann, Niklas, 1994: Systemtheorie und Protestbewegungen. Ein Interview. In: Hellmann Kai-Uwe (Hrsg.), 1996: Protest. Systemtheorie und soziale Bewegungen. Frankfurt am Main: Suhrkamp, pp. 175-200.

Luhmann, Niklas, 1995: Protestbewegungen. In: Hellmann Kai-Uwe (Hrsg.) 1996: Protest. Systemtheorie und soziale Bewegungen. Frankfurt am Main: Suhrkamp, pp. 201 – 215.

Luhmann, Niklas, 2003: Soziologie des Risikos. Berlin: Walter de Gruyter (unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1991).

Marot, Jan (2012c): Vermeidbare Tragödien. In: Der Standard vom 19.11.2012.

Oikonomakis, Leonidas, Roos, Jérôme E., 2013: „Que No Nos Representan“. The Crisis of Representation and the Resonance of the Real Democracy Movement from the Indignados to Occupy. Paper to be

presented at the conference on „Street Politics in the Age of Austerity: From the Indignados to Occupy“. University of Montreal. European University Institute, pp. 1-29.
<http://media.roarmag.org/2013/02/Resonance-Real-Democracy-Movement-Indignados-Occupy.pdf> (zuletzt: 25.09.2014)

PAH: <http://afectadosporlahipoteca.com/> (zuletzt: 25.09.2014)

Reinisch, August, 2000: Nachhaltige Entwicklung seit der Rio-Konferenz 1992. In: Raza, Werner G. (Hrsg.): Recht auf Umwelt oder Umwelt ohne Recht? Frankfurt: Brandes&Apsel (!Atección! Bd.4), pp. 137-148.

Rucht, Dieter, 2011: Zum Stand der Forschung zu sozialen Bewegungen. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen. 24Jg. 3, pp. 20-47.

Sánchez, Aida, 2011: Prólogo. ¡Toma la Calle!. In: Valesco, Pilar: No Nos Representan. El Manifiesto de los Indignados en 25 Propuestas. Madrid: Ediciones Planeta Madrid. Ediciones Temas de Hoy, pp. 11-13.

Sandel, Michael J., 2003: Gerechtigkeit. Wie wir das Richtige tun. Berlin: Ullstein.

Schmid, Josef, 2010: Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme. Stuttgart: UTB.

Simsa, Ruth, 2013: Proteste ohne Organisation? In: Neue soziale Bewegungen. 4/13.

Tagesspiegel.de, 2014: Triumph der Empörten.
<http://www.tagesspiegel.de/politik/europawahl-2014-triumph-der-empoerten/9952884.html> (zuletzt: 29.09.2014)

Taibo, Carlos, 2011: Nada será como antes. Sobre el movimiento 15-M. Madrid: Catarata.

Taibo, Carlos, et al. 2011: La rebelión de los indignados. Movimiento 15 M: Democracia real, ya! Madrid: Editorial Popular.

Tremmel, Jörg, 2003: Generationengerechtigkeit – Versuch einer Definition. In: SRzG (Hrsg.): Handbuch Generationengerechtigkeit. München: ökom Verlag, pp. 27-80.

Tremmel, Jörg, 2005: Generationengerechtigkeit als Leitbild für Unternehmen. – Für eine Ethik der Zukunftsverantwortung. In: Ökologisches Wirtschaften, Ausgabe 6/2003, pp. 9-31.
http://www.generationengerechtigkeit.de/images/stories/Publikationen/buecher/unternehmensleitbild_deutsch.pdf (zuletzt: 01.10.2014)

Valesco, Pilar, 2011: No nos representan. El Manifiesto de los Indignados en 25 Propuestas. Madrid: Ediciones Planeta Madrid. Ediciones Temas de Hoy.

Villota Gil-Escuin, Paloma, Vázquez, Susana, 2008: Work in Progress: Das Spanische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, K./Bazant, U./Hegelich, S. (2008): Europäische Wohlfahrtssysteme. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Virgl, Christoph J., 2011: Protest in der Weltgesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Walter, Franz et al., 2013: Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen? Reinbeck: Rowohlt Verlag.

Wieland, Leo, 2011: (Jugendproteste) Aufstand im Sitzen. In: Frankfurter Allgemeine.
<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/jugendproteste-aufstand-im-sitzen-1651222.html>; (zuletzt: 25.09.2014)

Wiktorin, Anne, 2008: Das Ende der Fiesta in Spanien.
In: http://www.focus.de/immobilien/kaufen/tid-9887/ferienimmobilien-das-endе-der-fiesta-in-spanien_aid_300249.html (zuletzt: 13.08.2014)

Witte, Lothar, 2012: Austeritätspolitik in Europa: Spanien. Friedrich Ebert Stiftung. In: www.fes.de/lnk/fx (zuletzt: 13.08.2014)

9.1 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Spanien: Arbeitslosenquote von 2003 bis 2013. (vgl. statista.com)	17
Abbildung 2: Jugendarbeitslosigkeitsquote im europäischen Vergleich von 2007-2013. (vgl. elcaptor.com)	21

10 Lebenslauf

Mag. Marlene HEINRICH, BA

PERSÖNLICHE INFORMATION

- Geburtsdatum: 04.05.1989
- Geburtsort: Wien
- Staatsangehörigkeit: Österreich
- Adresse: Girmserstraße 47, 7301 Deutschkreutz
- e-Mail Adresse: marlene.heinrich@wu.ac.at
- Handynummer: +43664 1047575

AUSBILDUNG

- Masterstudium Soziökonomie, WU Wien (seit Wintersemester 2013)
- Diplomstudium Spanisch, Romanistik Wien (2008-2013)
- Bachelorstudium der Soziologie, Wien (2008-2012)
- Ausbildung zur Burnout-Prophylaxe Trainerin an der Body and Health Academy (2010 – 2011)
- Reifeprüfung (2007)

BERUFLICHE ERFAHRUNGEN

- Projektmitarbeit „Zivilgesellschaft in Spanien“ an der Wirtschaftsuniversität Wien (seit Oktober 2014)
- Forschungsaufenthalt, Madrid, Spanien (August 2014)
- Studienassistentin am Institut für Soziologie Wien (2012-2014)
- Projektarbeit für das Institut für Sozialtechnologie und Evaluationsforschung: „Good Practice in der SeniorInnenbildung“ (August 2013 – Juni 2014)
- Projektarbeit für das TRENDbüro, München, „qualitative Delphi-Studie“ (Dezember 2013 – April 2014)
- Projektarbeit für das TRENDbüro, München; Erstellung des „Werte-Index“: Qualitative Analysen von Postings (Juni 2013 – Oktober 2013)
- Vortrag über Burnout-Prophylaxe und Ernährung bei Stress: Titel „Brennt der Hut?“ (September 2011)
- Nachhilfelehrkraft für Spanisch und Englisch, Lernquadrat, Wien (Januar 2010 – März 2013)
- Fortbildung: Universidad de Deusto, Bilbao, Spanien (Juli 2011)

Mag. Marion-Christine TOTTER, MSc

PERSÖNLICHE INFORMATION

- Geburtsdatum: 04.07.1984
- Geburtsort: Baden, Österreich
- Staatsangehörigkeit: Österreich
- Adresse: Gustav-Mahler-Straße 3/3/18, 2514 Traiskirchen
- e-Mail Adresse: mtotter@wu.ac.at
- Handynummer: +43676 3391604

AUSBILDUNG

- Masterstudium der Sozioökonomie an der Wirtschaftsuniversität Wien (2010 – 2014)
- Abschluss Interdisziplinärer Universitätslehrgang für Höhere Lateinamerika-Studien (Diplom; 2010)
- Studium der Kultur- und Sozialanthropologie an der Universität Wien (Schwerpunkte: Entwicklungszusammenarbeit, Gender Studies, Internationale Entwicklung) (2002-2010)
- Reifeprüfung (2002)

BERUFLICHE ERFAHRUNGEN

- Projektmitarbeit „Zivilgesellschaft in Spanien“ an der Wirtschaftsuniversität Wien (seit Oktober 2014)
- Selbständige (freier Handel) (seit 2006)
 - Tätigkeitsbereich:
 - sämtliche Geschäftsführungsagenden
 - organisatorische und administrative Aufgaben
 - telefonische und persönliche Kundenbetreuung
- Praktikum, Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte (Juli – Oktober 2008)
 - Team Entwicklungszusammenarbeit
 - Recherche
 - Mitarbeit bei der Verfassung und Gestaltung der Newsletter
 - Transkriptionen
- Promotion für Lexmark, Media Markt Wr. Neustadt Produktinformation, Verkauf (2002-2008)
- Menschenrechtsbeobachtung in Tzajalchen (Chiapas, Mexiko) (August 2005)
- Auslandsaufenthalt Kuba (Februar 2004)